

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 25. April 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 48.

Das Vereinsgesetz.

(Fortsetzung aus Nr. 45.)

Nach dem amtlich festgestellten Wortlaute, der bei Niederschrift des ersten Artikels noch nicht vorlag, weist das neue Vereinsgesetz nun 25 statt 17 Paragraphen auf. Die Bezeichnung der in zweiter Lesung vorgenommenen Einschaltungen ist in Fortfall gekommen und vernünftigerweise dafür eine fortlaufende Nummerierung eingetreten. Von den 25 Paragraphen sollen nachfolgend die wichtigsten im Wortlaute gebracht und mit den notwendigen Erläuterungen versehen werden, damit auch unsre Leser eine ausreichende Orientierung in dem neuen Vereins- und Versammlungsrecht erhalten, über dessen Wichtigkeit für Gewerkschaftler und unsre Verbandsfunktionäre im Besonderen kein Wort zu verlieren ist. Bis zu dem Zeitpunkte, wo über das Vereinsgesetz Kommentare vorliegen, dürfte diese informierende Abhandlung wohl genügen.

§ 1. Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dieses Recht unterliegt polizeilich nur den in diesem Gesetz und andern Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen. Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landrechts finden Anwendung, soweit es sich um Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt.

Damit ist die Gleichberechtigung der Frauen im Vereins- und Versammlungswesen ausgesprochen. Ein bedeutender, wenn auch sehr verspäteter Fortschritt. Die Gleichstellung der Ausländer konnte trotz aller Anstrengungen der zum Antiflooz zählenden Parteien nicht erreicht werden. Im zweiten Absätze des § 1 soll die Bemerkung von der unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit dazu dienen, die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen nicht mehr zu schrankenloser Anwendung gelangen zu lassen. Nicht wenige Polizeiverwaltungen werden sich da in der ersten Zeit großen Zwang auferlegen müssen. Weiter ist nach einer von Bethmann-Hollweg bei der zweiten Lesung erzwungenen Erklärung ein Präventivverbot für Versammlungen (mit Ausnahme der unter freiem Himmel tagenden) nicht mehr möglich. Sachsen-Weimar und Hamburg taten sich in der Beziehung hervor. Die Republik Hamburg untersagte sogar noch nach Annahme des Vereinsgesetzes eine Versammlung der Freidenker im voraus. Und in Harburg, also in Preußen, ist selbst noch am 22. April eine Freidenkerversammlung — die in Hamburg nicht geduldet — mit dem Präventivverbote bedacht worden, obwohl nach der Erklärung des Staatssekretärs so etwas in Preußen nicht möglich sein soll.

§ 2. Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kann aufgelöst werden. Die Auflösungsverfügung kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens, und wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung angefochten werden.

Die endgültige Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.

Ein Verein kann demnach noch nicht aufgelöst werden, wenn er in einzelnen Fällen den Strafgesetzen zuwiderhandelt, sondern der Zweck des Vereins ist für eine solche einschneidende Maßnahme ausschlaggebend. Da darüber Streitigkeiten sehr

leicht entstehen können, so ist das Verwaltungsstreitverfahren resp. die Anrufung der höheren Verwaltungsbehörde gleich vorgesehen worden. Besser wäre es zweifellos gewesen, die ordentlichen Gerichte mit der Nachprüfung der Auflösungsverfügungen zu betrauen.

§ 3. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Über die erfolgte Einreichung ist eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen.

Ebenso ist jede Änderung der Satzung sowie jede Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Frist von zwei Wochen nach dem Eintritte der Änderung anzuzeigen.

Die Satzung sowie die Änderungen sind in deutscher Fassung einzureichen. Ausnahmen von dieser Vorschrift können von der höheren Verwaltungsbehörde zugelassen werden.

Hier beginnt das alte Leiden. Was „politische Angelegenheiten“ und ein „politischer Verein“ ist, was eine „öffentliche politische Versammlung“ sein soll, das kann jeder nach seinem Gynst drehen; im Vereinsgesetze sind keine nähere Bestimmungen darüber enthalten. Die Sozialdemokraten hatten in der zweiten Lesung den löblichen Versuch unternommen, eine genauere Definition des Wortes „politisch“ herbeizuführen, indem sie beantragten, daß als politisch im Sinne des Vereinsgesetzes nicht anzusehen seien die Zwecke, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen oder die geistige und körperliche Ausbildung zu fördern sowie religiöse Zwecke, auch wenn solche Zwecke nebenbei durch Einwirkung auf die Gesetzgebung verfolgt würden. Diese vornehmlich im Interesse der Gewerkschaften gelegene präzise Erläuterung dessen, was unter „politisch“ zu verstehen, fand jedoch bei der Blokmehrheit keine Gegenliebe, wurde vielmehr abgelehnt.

Maßgebend aber dürfte wohl sein, wie das Reichsgericht den Begriff „politisch“ aufsaßt. In Band 16 Seite 384 seiner Entscheidungen heißt es: „Unter politischen Gegenständen wird man alle Angelegenheiten zu verstehen haben, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander in sich begreifen.“ Die Kommission machte sich nämlich diesen Standpunkt zu eigen. In der behördlichen wie gerichtlichen Praxis hat bisher diese Auslegung dazu geführt, daß häufig Gewerkschaften, Arbeitergesang- und Sportvereine als Vereine angesehen wurden, die „eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken“. Rein sprachlich bedeutet die Abänderung in „politische Angelegenheiten“ ja eine Einschränkung; tatsächlich ist die Definition des Begriffes „politisch“ aber vollständig offen geblieben, man hat sie der Entscheidung der Gerichte überlassen. Das ist eine der vielen Anzulänglichkeiten des neuen Vereinsgesetzes, und unter diesen mannigfachen Unklarheiten jedenfalls eine der schwerwiegendsten.

Es ist also noch völlig unentschieden, ob der § 3 auf die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen Geltung haben wird. Unsre Gewerkschaften werden sich jedoch unbedingt an den Wortlaut

des § 3 halten und seine Anwendbarkeit für sich verneinen. Sollte die Judikatur — die zitierte Reichsgerichtsentscheidung schließt die bisherige Spruchpraxis für fernher ja keineswegs aus — sie aber doch unter den § 3 zwingen, so würde der Fortfall der Einreichung der Mitgliederliste auch für sie in den meisten Gegenden Deutschlands eine Erleichterung bringen. Unklar ist in diesem Paragraphen noch, ob auch die örtlichen Vereine einer Zentralorganisation zur Einreichung des Statuts, Anmeldung des Vorstandes und Mitteilung von dessen veränderter Zusammensetzung verpflichtet sind, oder ob die Hauptleitung dies nur für sich zu tun hat. Die Regierung will das von den tatsächlichen Merkmalen abhängig machen. Also auch hier werden die Gerichte erst Klarheit schaffen müssen. Ist aber die Frage der Anwendbarkeit des § 3 auf die Gewerkschaften einmal in bejahendem Sinne entschieden, würde auch in der zweiten die gerichtliche Auslegung für sie maßgebend sein.

Den § 4 können wir übergehen. Er besagt dem Sinne nach, daß Wahlkomitees nicht als politische Vereine gelten.

Auch § 5 hat mehr untergeordnete Bedeutung. Öffentliche Versammlungen zur Erweiterung politischer Angelegenheiten sind mindestens 24 Stunden vor Beginn unter Orts- und Zeitangabe der Polizei anzuzeigen, die darüber sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen hat, also keine Gebühren dafür erheben darf, was verschiedentlich der Fall war, wenn auch die betreffenden Vereinsgesetze keinerlei Bestimmung darüber enthielten.

§ 6. Einer Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen, die öffentlich bekannt gemacht worden sind; die Erfordernisse der Bekanntmachung bestimmt die Landeszentralbehörde.

Einer Anzeige bedarf es ferner nicht für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen zu den auf Gesetz oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperchaften vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltags bis zur Beendigung der Wahlhandlung.

Das gleiche gilt für Versammlungen der Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen, Fabrikarbeiter, Fleißer und Arbeiter von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuen und Gruben zur Erörterung von Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter.

Rein gewerkschaftliche Versammlungen brauchen demnach weder bekannt gemacht, noch bei der Polizei angezeigt zu werden. In den meisten Bundesstaaten tritt damit ein Fortschritt ein. Den dritten Absatz auch auf die Landarbeiter und Dienstboten zu erweitern, wie es ein sozialdemokratischer Antrag forderte, gelang leider nicht. Die vorhinflutlichen Gesindeordnungen sollen noch weiter konferviert werden. Deutschland aber trotz alledem in der Welt voran!

Doch der § 6 hat einen Haken, der die Anmelde- bzw. Bekanntmachungsbefreiung der Vereinsversammlungen nicht so zweifelsfrei erscheinen läßt. In der Begründung zur Vereinsgesetzvorlage wurde nämlich auf ein Reichsgerichtsurteil hingewiesen, wonach Versammlungen solcher Vereine als öffentliche Versammlungen anzusehen sind, „die nach der räumlichen Ausdehnung des Gebiets, das sie umfassen, wie nach der Zahl ihrer Mitglieder so groß

sind, deren Organisation eine so lose, bei denen der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen gebunden und so wechselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden kann, ihre Mitglieder bilden einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbündeten Personen". Die Polizei und die Gerichte können also Versammlungen großer Organisationen als öffentliche etikettieren und von da bis zur öffentlichen politischen Versammlung ist nur noch ein kleiner Schritt der Auslegungskunst. Es wird also manche Urtade mit besonders eifriger Polizei absetzen, bis Vereins- resp. Gewerkschaftsversammlungen eben nur als solche angesehen werden.

Daß die öffentlichen politischen Versammlungen einer Anzeige nicht mehr bedürfen, sondern diese durch die öffentliche Bekanntgabe als erfolgt angesehen wird, deren Erfordernisse überdies die Landeszentralbehörde so leicht als möglich gestalten kann, ist eine Vereinfachung für die nach dem preussischem Polizeigesetz arbeitenden Bundesstaaten. Betreffs der von Anzeigen und Bekanntmachungspflicht befreiten Wählerversammlungen während der offiziellen Wahlperiode sei besonders aufmerksam gemacht, daß nicht nur die Versammlungen zu Reichs- und Landtagswahlen, sondern auch die zu Kommunal-, zu Krankenkassen-, zu Gewerbe-, zu Kaufmannsgerichts- und zu Innungswahlen einberufenen davon profitieren.

Die jetzigen §§ 7, 8 und 9 handeln von den öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und den Aufzügen auf öffentlichen Straßen. Hier tritt sogar für Sachsen eine Verschlechterung ein. Diese Paragraphen haben für solche Gegenden besondere Bedeutung, wo die Saalabtreiber seitens der Polizei, der Behörden und der sogenannten staatsbehaltenden Parteien und Kreise noch an der Tagesordnung ist. Namentlich in den Kohlen-districten sind diese verwerflichen, auch im Reichstage gebührend gebrandmarkten Praktiken noch stark im Schwange. Vorausschickend war schon bemerkt, daß auf diese Art von Versammlungen und die öffentlichen Aufzüge auch das Präventivverbot Platz greift. Beschränkungen für die öffentliche Sicherheit wird aber eine pflichteifrige Polizeiverwaltung wohl immer schnell zur Hand haben. Glücklicherweise ist jedoch den Landeszentralbehörden überlassen, sich mit der Anzeige und Bekanntmachungspflicht zu begnügen. Doch das wird gerade nur da eintreten, wo die Saalabtreiber nicht zu Versammlungen unter freiem Himmel nötig, d. h. in dem in jeder Beziehung freieren Süddeutschland.

Im § 10 wird für eine öffentliche politische Versammlung nicht mehr die Bildung eines Bureaus vorgesehen. Der Veranstalter kann selbst als Leiter der Versammlung fungieren. Die bisherigen Vereinsgesetze enthielten übrigens nicht durchweg die Vorschrift der Bureaubildung.

(Schluß folgt)

Entweder — oder.

Im „Korr.“ tobt ein lebhafter Meinungsaustrausch über das Thema Partei und Gewerkschaft. Und das ist nur zu natürlich. Gerade die Entwicklung der politischen Verhältnisse Deutschlands legt auch dem Arbeiter, der bisher nur wenig politisches Interesse bekundete, die Frage vor: „Was ist zu tun, um die unumschränkte Herrschaft bürgerlicher Interessengruppen im politischen Leben Deutschlands zu brechen?“ Er beginnt die bürgerlichen Parteien der Reihe nach zu betrachten und findet schließlich, daß keine gemillt ist, ernsthaft an der Verbesserung der Lage der Arbeiter zu wirken. Von den Parteien der Rechten ist natürlich gar nichts zu hoffen. Sie geben sich denn auch nicht allzuviel Mühe, Arbeiter einzufangen. Aber auch nicht von den Mittelparteien, deren Anfang sich im wesentlichen aus Arbeitern zusammenfegt. So half zum Beispiel das Zentrum im Dezember 1902 den Hungertarif durchzubrechen. Doch nicht nur das. Diese Partei, der heute noch Hunderttausende von Arbeitern Gefolgschaft leisten, nimmt auch in der Frage der preussischen Wahlrechtsreform eine höchst zweifelhafte Haltung ein. Stimmt sie doch bei den Verhandlungen des preussischen Landtags im Januar dieses Jahres gegen die Neueinteilung der Wahlkreise. Und erst der Freisinn! Gerade in diesen Tagen wurde im Reichstage das Vereinsgesetz beraten, das ganz Deutschland unter den preussischen Polizeiknüppel bringen und durch Sprachparagrafen und Ausschluß der Jugendlichen unter 18 Jahren gerade der Gewerkschaftsbewegung gefährlich werden soll — und der Freisinn war es, der die Annahme dieses Gesetzes möglich machte!

Die bürgerlichen Parteien treiben eben volksfeindliche Politik. Uffesant! Aber sie vertauschen ab und zu die Rollen. Und das mit raffinierter Piffligkeit. Bei der Beratung des Zolltarifs gestattete man einer kleinen, bedeutungslosen freisinnigen Gruppe, in Volksfreundschaft zu machen — wußte man doch, daß das deutsche Volk den Hungertarif auf alle Fälle schlucken mußte. Und eben sehen wir das Zentrum, das dem deutschen Volke den Zolltarif bringen und überdies noch das Ostraktionsrecht des Parlaments beschränken half, mit der Pose der Volkspartei Sturm laufen gegen diese neueste Frucht der „Spottgeburt von Dred und Feuer“, wie Helmut v. Gerlach den Vlod nannte. Warum auch nicht? In diesem Fall ist es doch so leicht, den Volksmann zu mimen. Man braucht nicht einmal den Unwillen der Zentrumsindustriellen zu erregen, denn auch diese mußten nur zu genau, daß das Vereinsgesetz ebenjo gut durchgehen mußte wie der Zolltarif. Und der Arbeiter ist wieder einmal geprellt. Ist es da verwunderlich, wenn er allmählich anfängt, die Handlungen aller Parteien aufmerksam zu betrachten und Schlüsse zu ziehen? Und wenn er das objektiv tut, muß er zur Verwerfung aller bürgerlichen Parteien und zu der Einsicht kommen, daß einzig und allein die Sozialdemokratie die Partei ist, von der Arbeiterinteressen konsequent vertreten werden können.

Nun hat Kollege Rehgäuser ein etwas schiefes Bild von dieser Partei gegeben, und es wird nötig sein, nochmals auf die wichtigsten Punkte seiner Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ einzugehen. Es wird zu untersuchen sein, ob das sozialdemokratische Programm heute noch zutrifft, und ob es ein Handinhandgehen von Partei und Gewerkschaft ermöglicht. Ist dies der Fall, dann hat das Zusammengehen im beiderseitigen Interesse einfach zu geschehen. Wenn nicht, dann sind allerdings die Vorschläge des Kollegen Rehgäuser ernsthaft zu diskutieren.

Rehgäusers Marxvernichtung. Vier Punkte des Marxjens Lehrebüchleins sind es, gegen die sich der Sturm auf des Kollegen Rehgäuser richtet: Die Konzentration und die Krisentheorie sowie die beiden von den Marxkritikern eigens konstruierten Theorien von der Katastrophe und der Verelendung. Sehen wir zu, wie es damit steht. Zweifelloos wäre, falls die Theorie von der Konzentration der Betriebe falsch, ein gewichtiges Fundamentstück der Marxjens Lehre erschüttert. Denn gerade durch die fortwährende Konzentration der Betriebe wird der Sozialismus erst möglich, ja notwendig.

Wie schon Eduard Bernstein in seinem 1899 erschienenen Werke: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, weist auch Kollege Rehgäuser auf die Zunahme der Klein- und Mittelbetriebe hin, die durch die Gewerbestatistik von 1895 festgestellt wurde. Ziffernmäßig mag das allerdings richtig sein. Aber für den ernsthaften Volkswirtschaftler bedägen jene Ziffern kein gar nichts, weil den meisten Betrieben das Charakteristikum der wirtschaftlichen Selbständigkeit fehlt.

Sehen wir uns doch einmal die Gewerbetriebe an, die 1—50 Arbeiter beschäftigen. Nur wenige von ihnen sind unabhängig, und gerade die in letzter Zeit entstandenen stehen ganz und gar im Solde der Großkapitalisten. Man denke nur einmal an die Zwischenmeister der Kleiderkonfektion. Sie bekommen die Lüche von einer großen Konfektionsfirma geliefert, verarbeiten sie zu einem ganz bedeutenden Teil in eignen Werkstätten, in denen in der Regel 10—50 Arbeiter sitzen. Natürlich sind solche „selbständigen“ Meister ganz und gar auf die Günst der Engrosfirma angewiesen. Ja, sie dürfen es oftmals gar nicht wagen, auch nur ein Stück für eine andere Engrosfirma herzustellen, wenn sie nicht wirtschaftlich ruiniert werden wollen. Und gerade diese Betriebe schießen mit der Entwicklung der modernen Waren- und Kaufhäuser wie Pilze aus der Erde. Aber auch in anderen Branchen haben wir ähnliche Verhältnisse. Wie oft sind nicht Bäckermeister völlig abhängig von Mehlhändlern und Hausbesitzern! Die Kleinmeister im Baugewerbe sind auf Gnade und Ungnade den profitgierigen Baupfeulanten ausgeliefert. Und noch schlimmer geht es den kleinen Möbelfabrikanten. Sie arbeiten fast alle für Möbelmagazine. Je kleiner ihre Betriebe, je rücksichtsloser können sie von den Händlern ausgebeutet werden. Und wie oft kommt es vor, daß diese „Meister“ mit einem Handwagen durch die Stadt fahren und zu Schundpreisen ihre Erzeugnisse an die Magazine verkaufen. In Berlin gibt es etwa 3000 Tischlermeister, die so ihr Dasein fristen. Und das alles sind nach der Statistik selbständige Gewerbetriebe. Und mit so zuverläßigen Ziffern versuchen Sozialisten das Fortbestehen des Mittelstandes zu beweisen! Sie müssen sich von Werner Sombart beschämen lassen, der in seiner „Deutschen Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert“ schreibt: „Die Statistik belehrt uns nämlich nicht, ob der betreffende Gewerbetreibende noch ökonomisch selbständig tätig ist oder bereits in einem irgendwie gearteten Abhängigkeitsverhältnisse zu einem kapitalistischen Unternehmen steht. Das ist wohl der gewichtigste Vorwurf, der gegen die Ziffern der allgemeinen Berufs- und Gewerbestatistik erhoben werden kann. Denn ohne eine solche Belehrung erfahren wir im besten Fall einiges über Betriebsgestaltung, aber nichts über die wirtschaftliche Organisation der gewerblichen Arbeit, also nichts über die Hauptfrage. Hätte nicht bisher eine so bedauerliche Verwirrung auf dem Gebiete der Lehre von den Wirtschaftszuständen und Betriebsformen geherrscht, so wäre man wohl schon allgemein zu der Einsicht gelangt, daß eine Betriebsstatistik der Tischlerei, Schneiderei, Schuhmacherei, also dreier der wichtigsten Gewerbe, völlig be-

langlos ist für die Frage, ob sich das Handwerk gegenüber dem Kapitalismus erhalten habe oder nicht. Denn die dort aufgeführten „selbständigen“ Gewerbetreibenden sind keine Handwerker mehr, sondern „Rädchen in dem großen Uhrwerk der kapitalistischen Verkehrswirtschaft.“ Und weiter sagt er an anderer Stelle über die verschiedenen Fälle der Abhängigkeit des Handwerkers vom Kapital: „Sie liegen vor, wenn der Kapitalist den Handwerker, zu dem er sonst keine Beziehung hat, nur dadurch ausbeutet, daß er ihn, den Produzenten, seine Erzeugnisse zu Schlenkerpreisen an ihn, den Geldbesitzer, der alsdann meist Händler ist, absetzen zwingt; oder aber, wenn der Handwerker in eine Art von Schuldbtendenzhaft zu einem Geldverleiher gerät, der ihm die Mittel zur Daseinsfristung oder zur Ausübung seiner Tätigkeit vor-schiebt. In beiden Fällen bleibt der Handwerker selbständig Rezipient“, wird auch von der Statistik und von oberflächlichen Beobachtern als solcher gewertet; in Wirklichkeit ist er kapitalhörig geworden, er frondet, um die Geldsumme eines fremden Mannes zu nutzen, der einstweilen diese Nutzungsart bequemer findet als die Begründung einer selbständigen kapitalistischen Unternehmung.“

Nun zum Handel. Auch hier liegt ein ziffernmäßiges Wachstum der kleineren Betriebe vor. Doch bei genauem Zusehen finden wir, daß die Zunahme lediglich entfällt auf die Filialverkaufsstellen, Agenturen, Mischgeschäfte usw. Sie alle sind ebenfalls wieder abhängig vom Großkapital oder werden direkt von ihm betrieben.

Doch halt, wir müssen uns ja auch noch mit der Landwirtschaft befassen, zumal gerade hier die Paufe das große Loch haben soll. Sehen wir zu. Aus der Tatsache, daß die Betriebe unter 2 ha sich um 5,8 Proz. und die von 2—5 ha sich um 3,5 Proz. vermehrt haben, folgert man ohne weiteres ein Nichtvorhandensein der Konzentrationsstendenzen in der Landwirtschaft. Ja, Kollege Rehgäuser schreibt sogar: „In der Landwirtschaft macht sich eine der Konzentrationsstendenzen entgegengesetzte Tendenz geltend.“ Und das im Hinblick auf die paar Zahlen! Hier kommt man eben wieder mit dünnen Ziffern nicht aus. Genau so wie im Gewerbe muß man sich auch die landwirtschaftlichen Betriebe genauer ansehen. Und dann findet man, daß die vielgerühmte Selbständigkeit nicht vorhanden ist und die Bauern sich mit Leib und Leben den Wucherern verschrieben haben. Wie gerade diese kleinen Bauernbetriebe verschuldet sind, das kann sich der Sozialist Rehgäuser unter Umständen von bürgerlichen Volkswirten auseinandersehen lassen. Der Verein für Sozialpolitik veranfaltete im Jahre 1887 eine Enquete über den „Wucher auf dem Lande“. Hier einige Stichproben. Aus der bayerischen Rheinpfalz wurde berichtet: Je ärmer die Gegend, desto schamloser maß sich das Wuchergeschäft breit. Abgelegene Dörfer und Gehöfte werden mit Geld und andern Lebensbedürfnissen „versorgt“, müssen aber die Gänge ihrer Verpflegung teuer zahlen. Diese sind regelmäßig von alters her in größeren Dörfern zahlreich angesetzt und haben, um die Konkurrenz unter sich und mit andern auszufechten, das Land unter sich geteilt. Ein jeder besucht jeden Tag sein „Gäu“ und nimmt es jedem andern kurios ab, der es unternimmt, „ihn in sein Gäu“ zu gehen. In „seiner“ Dörfer ist er Herr. Da vermittelt er die An- und Verkäufe von Vieh und Getreide, Futter und Grund und Boden. Häufig genug ist er selbst der einzige Verkäufer und Käufer aller dieser Artikel in diesen Dörfern. Manchmal ist das Arbeitsfeld dieser Leute auch in der Art geteilt, daß in einem Orte der eine nur in Gütern, der andre nur in Felderzeugnissen „macht“, noch andre wieder das Brot, das Mehl, die Bohnen, Erbsen usw. liefern und für den gewöhnlichen Kredit sich „billigen“ Preis anrechnen. Die Kreide wird meistens von ihnen allein, dafür aber häufig doppelt geführt, weil der Bauer entweder zu faul oder zu einseitig ist, seine Schuldbügel selbst zu notieren. In einem Bericht aus dem Rheinlande heißt es über den Wucherer: „Dem lehrten gehört in Wirklichkeit Haus und Hof des armen Bauern, der Lohn seiner und seiner Angehörigen Arbeit schiebt in die Tasche seines Gläubigers. So lange ein solcher Lohn noch erzielt wird, hüllet sich der Wucherer wohl, die Schlinge zuzuziehen und durch Substantiation sein Opfer von Haus und Hof zu bringen, weil der Wert des Unwesens häufig der fingierten Schuldforderung nachsteht. Erst wenn die Auszahlung so weit gediehen ist, daß keine Aussicht auf Gewinn mehr vorhanden ist, dann wird der Sache ein Ende gemacht und der Bauer verläßt mit Frau und Kind als Bettler seine Heimstätte. Aber, so paradox es klingen mag, dies ist noch der bessere Ausgang des Geschäftes; viel schlimmer ist es, wenn der Bauer in seiner Abhängigkeit, die der eines Leibeigenen fast gleichkommt, festgehalten wird, aus welcher es ein Entkommen für ihn nicht gibt. Nach den vorliegenden Berichten soll die Zahl solcher Existenzen eine nicht geringe sein. Außerlich scheint alles in der besten Ordnung zu sein. Der Bauer bewirtschaftet seinen Hof, hat Inventar und Vieh, aber alles gehört dem Juden; er selbst ist nichts weiter als Tageelöhner, der häufig noch froh ist, daß er nicht an den Pranger gestellt wird.“ Soweit die Berichte des Vereins für Sozialpolitik. Nun wird man vielleicht einwenden, daß sich seit dem Jahr 1887 doch schon viel gebessert haben könne. Aber dem ist nicht so. Im Gegenteil: in der Zeit von 1886—1893 stieg die Verschuldung des Grundbesitzes um rund 200 Millionen Mark. Obendrein vermehrte sich im gleichen Zeitraum noch die Zahl der Betriebe auf gepachteten Land um 284311, nämlich von 2322899 auf 2607210. Und das alles, trotzdem die landwirtschaftliche Bevölkerung von 18704038 im Jahre 1882 auf 17815187 Köpfe im Jahre 1895 — also um eine

Million! — zurückging. Berücksichtigen wir nun all das oben Angeführte, so werden wir auch die Ziffern der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik mit nüchternen Augen ansehen und nicht so ohne weiteres denen glauben, die mit ihnen den „Marxismus“ vernichten wollen. Diese Bauern, von der Gnade des Wüderers abhängig, sind doch auf keinen Fall imstande, mit den Großgrundbesitzern zu konkurrieren und sich durchzusetzen. Ganz abgesehen davon, daß viele von diesen „selbständigen Betriebsinhabern“ als Saisonarbeiter bei Großbauern oder Gutsbesitzern tätig sind. Zu alledem kommt noch, daß in letzter Zeit durch die Anstrebungsbestrebungen der Regierungen versucht wird, einen landwirtschaftlichen Mittelstand großzupäppeln. Alle diese eigenartigen Betriebe werden natürlich mitgezählt. Da kann man doch wahrhaftig nicht — wie dies Kollege Rehgäuser tut — so ohne weiteres auf eine Verdrängung des Großbetriebes durch den Kleinbetrieb schließen.

Es ist schon richtig, was der „versteinerte Professor“ im Vorworte der fünften Auflage seiner Schrift: „Das Erfurter Programm“, schreibt: „Die neuen Kleinbetriebe, die aus der Konzentration des Kapitals hervorgehen — Heimarbeiter, Hausierer, Zwerghauern usw. — sind eben ganz anderer Natur als die durch die Konzentration des Kapitals befreiten. Diese beruhen auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, die das freie Eigentum ihrer Besitzer waren; der neue Kleinbetrieb erhält die wichtigsten seiner Produktionsmittel vom Kapitale vorgeschossen, dem er dafür dienstpflichtig wird — der Kleinbauer auf dem gepachteten oder verpachteten Boden nicht minder als der Heimarbeiter, dem das Rohmaterial vom Verleger übergeben wird, oder der Schenkwirt, der nur der Beauftragte der Brauerei ist, ebenso wie der Hausierer oder Kleinkrämer, der die Waren, die er vertriebt, auf Kredit bezieht.“

Und die Krisistentheorie? Ist sie ad absurdum geführt? Eigentlich sollte sich doch Kollege Rehgäuser hüten, gerade gegen sie anzukämpfen. Haben doch Eduard Bernstein und seine Leute sich gerade hier eine derbe Schlappe geholt. Wie war es doch? 1898 wurde von der sogenannten revisionistischen Seite die Krisistentheorie als unwichtig erklärt. Und weshalb? Weil das Wirtschaftsleben drei Jahre lang prosperiert hatte. Aber die überreifen Kritiker sollten bald gehörig abgestraft werden — schon im Jahr 1901 stellte sich eine neue Krise ein. Und heute sehen wir schon wieder in einer solchen. Nun meint Kollege Rehgäuser einen Schlag gegen die Theorie führen zu können, indem er darauf hinweist, daß seit 1873 keine so schwere Krise wiedergekehrt sei, während doch eigentlich nach Marx die Krisen immer schwerer werden müßten. Das stimmt wohl. Aber sehen wir uns doch einmal die Geschichte der Krisen an. Schon seit 80 Jahren wird die Weltwirtschaft immer wieder durch sie erschüttert. Hier die Jahreszahlen, in denen sie einsetzten: 1825, 1836, 1847, 1857, 1873, 1882, 1890, 1895, 1901. Wir sehen, daß während bis zum Jahre 1857 immer zehn oder elf Jahre bis zum Einsetzen einer neuen Krise vergingen, es nun auf einmal 14 Jahre bis zum Ausbruch des Krachs von 1873 dauerte. Das war begründet. Die gewaltigen Kriege von 1864, 1866 und 1870 störten das Wirtschaftsleben und auch die Regelmäßigkeit des Ablaufs der Krisen. Aber jene riefen noch selten gegebene staatliche Umwälzungen und Veränderungen der Machtverhältnisse hervor, die wieder die Gründerperiode am Anfang der siebziger Jahre einleiteten. Früher oder später mußte der große Krach folgen. Und nur deshalb war die Krise von 1873 so weitumfassend und nachhaltig. Also ein Beweis gegen die Richtigkeit der Krisistentheorie ist durch den Hinweis auf 1873 keineswegs erbracht.

Eine Katastrophentheorie hat niemand aufgestellt. Wenigstens kein wissenschaftlicher Sozialist. Nicht einmal aus dem Erfurter Programm kann man sie herauslesen. Und daß sich nicht auf Katastrophen hinarbeiten läßt, das wissen wir alle. Aber sie wird für möglich gehalten. Da Rehgäuser diese Möglichkeit zugibt, brauchen wir auch in diesem Punkte nicht miteinander zu rechten.

Nun kommen wir zu der vom Kollegen Rehgäuser konstruierten Verelendungstheorie. Er findet sie in diesem Satze des Erfurter Programms: „Für das Proletariat und die verelendeten Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie (die heutige Produktionsform. D. Verf.) wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“ Rehgäuser meint nun, „das wäre ja alles richtig, wenn der Arbeiter dem Kapitale gegenüber ein hilf- und willenloser Sklave wäre.“ Da er das nicht sei, treffe es aber nicht zu. Am allerwichtigsten könnten die Gewerkschaften diese sogenannte Verelendungstheorie anerkennen. Er meint „Opportunistische, Resignation, Verzweiflung, Hungerrevolten müßten die Gewerkschaften prologieren, die nach dem oben zitierten Satze handeln wollten.“ Aber weshalb denn das? Sehen wir uns doch einmal objektiv um. Welcher konsequente Marxist hat jemals den Standpunkt vertreten, daß die Befreiung der Arbeiterklasse durch das wachsende Elend herbeigeführt werde? Sollte Kollege Rehgäuser einen Namen nennen, sein Suchen würde sicher vergebens sein. Schreibt doch selbst Karl Kautsky im Vorworte der fünften Auflage seiner Erläuterungsschrift zum „Erfurter Programm“: „Zur Zeit der Abfassung des Erfurter Programms waren die konsequenten Marxisten schon längst einig darüber, daß die Emanzipation des Proletariats nicht durch das steigende Elend, sondern durch den wachsenden Klassenkampf und den daraus entspringenden Klassenkampf des Proletariats herbeigeführt werde. Gerade in dieser Überwindung der dem vormarxistischen Sozialismus eignen Theorie der Ver-

elendung der Massen durch die Theorie des Klassenkampfes sahen wir damals schon eine der größten Errungenschaften des Marxismus. Die Erkenntnis der dem Kapitale notwendig innewohnenden Tendenz, die Summe des Elends, des Drucks, der Ausbeutung zu vergrößern, war von diesem Standpunkt aus wichtig, weil diese Tendenz die Notwendigkeit der stetigen Ausdehnung und Verfestigung des Klassenkampfes begründete. Aber es fiel niemand unter uns ein, die Notwendigkeit einer zunehmenden Verkommenheit des Proletariats daraus zu folgern.“ Man sieht, um zum Kampf anzuführen, ist das Programm so abgefaßt worden, und nicht etwa, um das Proletariat von praktischer Gegenwartsarbeit abzuhalten. Nach all dem Ausgeführten liegt kein Grund vor, auf eine Programmänderung zu drängen. Noch trifft es zu.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften. „Praktische Politiker“ suchen es oftmals so hinzustellen, als ob ein konsequenter Marxist nie mit allem Ernst erfolgreiche praktische Arbeit leisten könne. Die Hoffnung auf den Zusammenbruch dieser Gesellschaft mache ihn dazu unfähig. Bei genauerem Zusehen finden wir jedoch bald, daß es gerade die Marxisten — also jene Bösen, deren Grundgedanke auch heute noch in der deutschen Sozialdemokratie Geltung haben — gewesen sind, die von Anfang an für den Ausbau der Gewerkschaften eingetreten. Und nicht etwa in dem Sinne von „Parteiengewerkschaften“. Im Gegenteil: sie haben stets selbständige Gewerkschaften zu würdigen gewußt. Fangen wir mit dem Jahre 1848 an. Kaum waren die Märztage verstrichen, so hatten sich schon die deutschen Buchdruckergehilfen organisiert. In verschiedenen Kämpfen standen sie bald den Unternehmern gegenüber. Und wer war einer der geistigen Köpfe dieser Bewegung? Stephan Born, ein Schüler von Karl Marx, der in Brüssel in reger Verbindung mit ihm gestanden hatte. Weiter. Wer war es, der zuerst den Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaften auf neutraler Grundlage versuchte? Die bösen Marxisten! Der Tischler York — der bei den Holzarbeitern als Vater ihrer Bewegung noch heute in hohen Ansehen steht — brachte im Juni 1872 einen Gewerkschaftskongreß zustande, auf dem es zur Gründung einer unabhängigen „Gewerkschaftsunion“ kam. Der Kongreß, der in Erfurt tagte, nahm folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die Kapitalmacht alle Arbeiter, gleichviel, ob sie konservativ, fortgeschritten, liberal oder sozialdemokratisch sind, gleich sehr bedrückt und ausbeutet, erklärt der Kongreß es für heilige Pflicht der Arbeiter, allen Parteibanden beiseite zu setzen, um auf dem neutralen Boden einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingungen eines erfolgreichen kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicher zu stellen und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erkämpfen.“

Und York war als Politiker keine unbekannte Größe. Er betriebe bei den Eisenarbeitern — der Intelligenz der Arbeiter — das Amt eines Parteisekretärs. Außer ihm trat in den siebziger Jahren noch ein anderer Eisenarbeiter in aller Konsequenz für die Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung ein — der Buchdrucker Karl Hillmann. Er war es, der ihr volle Gleichberechtigung zur Sprache und die politische Partei als Trägerin des Prinzips, die Gewerkschaftsbewegung als Meisterin der Praxis ansah. Und mit aller Energie verteidigte er die damals nicht gern gesehene Existenz der Gewerkschaftsblätter, wie sie die Buchdrucker und Tabakarbeiter geschaffen hatten.

Nun wird man einwenden: Ja, das alles ist doch noch kein Beweis dafür, daß die damalige Organisation der Marxisten als solche den selbständigen Kampf der Gewerkschaften als notwendig ansah. Doch auch der ist zu erbringen. Im Jahre 1873 brachte der „Volksstaat“, das offizielle Organ der internationalen Arbeiterassoziation in Deutschland — also der Marxisten — eine geschichtliche Zusammenfassung, aus der hervorging, wie sehr diese Gruppe gerade von einer hohen Einschätzung der Gewerkschaften durchdrungen war. Schon 1866 nahm der Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation eine Resolution an, in der es hieß:

„Die Errichtung und Förderung von Gewerksvereinen muß und soll daher die Hauptaufgabe des Arbeiterstandes für die Gegenwart und nächste Zukunft bleiben; abgesehen davon, daß sie den Übergreifen des Kapitals entgegenwirken, müssen sie lernen, bewussterweise als Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln, im Interesse ihrer vollständigen Emanzipation; sie müssen jedoch jede soziale und politische Bewegung, welche auf dieses Ziel lossteuert, unterstützen und sich selbst als die handelnden Kämpfer und Vertreter der ganzen Klasse betrachten.“

Ist hier den Gewerkschaften etwa die Rolle einer nebensächlichen Bewegung zugewiesen? Weiter wurde auf den Kongressen der Internationalen Arbeiterassoziation in Basel 1869 und später im Haag die Wichtigkeit der Gewerkschaften betont. Ferner auf einer Delegiertenkonferenz in London. Natürlich ließe sich noch eine Anzahl Beweise dafür anführen, daß gerade die Organisationen der Marxisten als solche immer die große Bedeutung der Gewerkschaften anerkannt haben. Doch das Gesagte mag genügen. Und der leitende Sekretär der Internationale war — Karl Marx!

Wie stand nun Marx selbst? Er bezeichnete die englischen Gewerkschaften als die Preiskämpfer der modernen Arbeiterklasse! Ja, er schrieb schon 1847 in seiner gegen Proudhon gerichteten Schrift: „Das Elend der Philosophie“, von den Gewerkschaften, daß sie für die Organisation der Arbeiter dieselbe Bedeutung hätten wie die Gemeindeförderung des Mittelstandes für die Mittelklassen der bürgerlichen Gesellschaft. Und, von einem Gewer-

kschaftsführer aufgefordert, gab er dieses Urteil über die Gewerkschaftsbewegung ab:

„Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird... Die Gewerkschaften... fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen. Zu der Einsicht ist die größere Masse der Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß, mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun aber die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen, Frau und Kinder brauchen nicht mehr in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es ahnt.“

Und das sagte derselbe Marx, der nach gewissen Kritikern kein Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung hatte. Aber auch in seinem Lebenswerke, dem „Kapital“, hat er an vielen Stellen sich ausführlich mit der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis befaßt. Es würde zu weit führen, wollte man sie hier alle zitieren. Nur eine von den vielen sei wiedergegeben:

Wenn seine (des Kapitals) Akkumulation einerseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren „Freisetzung“ vermindert, während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Fälligkeit der Lohnzahlung zwingt, also in gewissem Grade die Arbeitszufuhr von der Zufuhr von Arbeitern unabhängig macht... Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals. Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, daß in selber Maße, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird, sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Überbevölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade-Unionen eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zersetzt das Kapital und sein Sympotant, der politische Ökonom, über Verlegung des „ewigen“ und sozigen „heiligen“ Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das reine Spiel jenes Gesetzes.“

Man denke: Diesen Hinweis auf die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation gibt derselbe Marx, dessen Theorien sich nach der Meinung des Kollegen Rehgäuser mit der modernen Gewerkschaftsbewegung nicht vertragen! Unser Redakteur mag schreiben, so viel er will: Den Nachweis, daß die heute herrschende Denkweise in der Sozialdemokratie den Gewerkschaften widerspricht, kann er nicht erbringen. Gerade der Marxismus ist es gewesen, der nachgegeben hat, wie all den Kämpfen politischer Natur wirtschaftliche Ursachen zugrunde liegen, und wie selbst die Regierung weiter nichts ist als der Verwaltungsausfluß der wirtschaftlich und somit auch politisch herrschenden Klassen. Wie sollte er da jemals in die Lage gekommen sein, den Gewerkschaftskampf auch nur gering zu bewerten. Er mußte — wie bewiesen — aus seiner wissenschaftlichen Natur heraus den wirtschaftlichen Kampf als wirkungsvoll anerkennen und deshalb auch die Gewerkschaftsbewegung als gleichberechtigten Faktor ansehen. Und das tut er auch heute noch.

Anders stand es mit jenem Flügel, der Lassalle und später Schweiger folgte. Und das war leider in den Anfängen der sozialdemokratischen Bewegung bis zur Verschmelzung beider Gruppen der weitaus stärkste. Lassalle erwartete die Lösung der Arbeiterfrage von der Mitwirkung des Staates. Für die Arbeiter handelte es sich darum, durch das Stimmrecht Einfluß auf den Staat zu gewinnen. Dann würde dieser den Kapitalismus in den Sozialismus umwandeln. Zu alledem kam nun noch, daß Lassalle eine Verbesserung der Lohn- und Lebenslage des Arbeiters durch Selbsthilfe unter der Herrschaft des Kapitalismus für unmöglich hielt. Auf der Grundlage solcher Theorien konnte natürlich kein Verständnis für die Lebensbedingungen und Notwendigkeiten der Gewerkschaftsbewegung in die führenden Köpfe der Lassallianer dringen. Man mußte alle Kräfte auf den politischen Kampf konzentrieren, weil man das Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse nur auf politischem Wege zu erreichen suchte. Und als dann schließlich der Umstoß der Bewegung der Tabakarbeiter so verbietet, den Lassallianern angehörige Freizügler immer wieder auf die Stellungnahme zur Gewerkschaftsbewegung drängte, gründete man schließlich 1868 den „Gewerkschaftsbund“. Trotz aller Bemühungen Frisches gelang es nicht, den Bund zu praktischer, gewerkschaftlicher Arbeit zu bringen. Und obwohl in der großen Masse der Lassallianer sich allmählich der Gewerkschaftsgebante Bahn brach, wurde der „Gewerkschaftsbund“ immer mehr eine politische Organisation und ging, nachdem er schon 1871 nur noch etwa 1000 Mitglieder gezählt hatte, 1874 in Trümmer.

In Göttingen kam es dann 1875 zur Vereinigung der Eisenarbeiter und Lassallianer. Es war erklärlich, daß, da die Lassallianer an Zahl stärker waren, sie auch ihren

Umschauungen in bezug auf die Gewerkschaftsbewegung Nachdruck verleihen konnten. Doch auch einzelne von ihnen begannen einsichtiger zu werden und die Nützlichkeit der Gewerkschaften zu würdigen. Aber die bald einsetzende Sozialistengehe und später das Sozialistengesetz machten die Kulturarbeit der Gewerkschaften sowohl als den Umdenkungsprozess über ihre Bedeutung vorläufig unmöglich. Noch lange spukte in einzelnen Köpfen der Gedanke von den Gewerkschaften als Refrutenhöfen der Sozialdemokratie. Doch das gewaltige Anschwellen des gewerkschaftlichen Stromes nach dem Fall des Sozialistengesetzes vertrieb ihn recht bald. Und heute denkt kein ernsthafter sozialdemokratischer Politiker daran, den Gewerkschaften ihre Selbstständigkeit zu nehmen. Man verlangt nur, daß sie im wohlüberstandenen eignen Interesse sich an bestimmten politischen Aktionen beteiligen. Und solche Aktionen werden bei der politischen Situation in Deutschland früher oder später zur Notwendigkeit!

Die politische Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Wort, das Jaurès auf dem Umsterbamer Kongresse von 1904 prägte, trifft tatsächlich zu. Die deutsche Sozialdemokratie ist in den letzten Jahren allmählich politisch fast gestoppt worden. Doch geschah das nicht durch ihre Schuld, wie Jaurès, Kollege Rehgäuser und auch noch viele andre meinen. Sehen wir zu, wie die Fiktionierung so nach und nach kam. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes konnte man nicht selten die Sozialdemokratie mit dem Liberalismus oder mit dem Zentrum zusammen arbeiten sehen. Ja, manchmal sogar mit beiden Parteien. Doch das sollte sich ändern. Zum Verbrüder der Bürgerlichen wuchs die Sozialdemokratie immer mehr an. Es dauerte nicht lange und sie ließen alle Hoffnungen fahren, jemals wieder die Arbeitermassen unter ihre Fahnen zu bringen. Von dem Augenblick an wurde auch ein zeitweiliges Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit Zentrum und Freisinn immer seltener. Klar zum Ausdruck kam die veränderte politische Situation bei den Wahlen. Es wurden Sozialdemokraten gewählt:

1893 in der Hauptwahl	34,	in der Stichwahl	20
1898 " " "	32, " "	" "	24
1903 " " "	36, " "	" "	25
1907 " " "	29, " "	" "	14

Diese Ziffern geben ein deutliches Bild von dem Zusammenschlusse der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Die Fälle, wo Bürgerliche in der Stichwahl sozialdemokratisch wählen, werden immer seltener. Ja, bei der Wahl von 1907 hat man es gar nicht erst zu Stichwahlen kommen lassen, sondern die Bürgerlichen haben sich, in klarer Erkenntnis ihrer gemeinsamen Klasseninteressen, meist schon vor der Hauptwahl verbündet. So ist die Fiktionierung der Sozialdemokratie gekommen, weil die Partei immerwährender erstarrte. Nur aus diesem Grunde machten die Bürgerlichen noch einmal, den allerdings gescheiterten Versuch, die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Vorwärtsschritt aufzuhalten.

Und denselben Zusammenschlusse aller bürgerlichen Parteien, den wir bei den Wahlen beobachteten, ihn sehen wir bei jeder politischen Frage. Beim Zolltarife, beim Vereinsgesetz und besonders bei den Kämpfen um das preussische Wahlrecht. Man weiß eben genau, daß jeder Fortschritt, der gemacht wird, der Sozialdemokratie zum Nutzen gereicht. Und deshalb läßt man es lieber zu einem wirklichen politischen oder auch nur sozialpolitischen Fortschritte gar nicht erst kommen. Ist denn nun diese Art politischen Kampfes etwas anderes als ein Klassenkampf?

Um Klassen sehen wir am preussischen Wahlrechtskampfe, wie seitens der herrschenden Klassen dafür gesorgt wird, daß selbst Verfassungskämpfe in Klassenkämpfe verwandelt werden. Naturgemäß hat gerade die deutsche — nicht nur die preussische — Arbeiterpartei ein bedeutendes Interesse daran, daß das alte Klassenwahlrecht schwindet. Denn geschieht das, so wird allmählich die ganze preussische Politik eine modernere werden, und es muß dann auch der reaktionäre Einfluß des Borussia'staates auf das Reich schwinden. Die Sozialdemokratie hat sich ein nationales Verdienst erworben, indem sie die Wahlrechtsfrage aufgeworfen hat. Und nun kommen die Privilegierten nacheinander und rücken in Verteidigungsstellung. Die Junker, die das Zurückgehen des Einflusses ihrer Klasse fürchten, die Herren von der schweren Industrie, die vor der Sozialpolitik so gern in die Hallen des Scheinparlamentes flüchten, und die Nationalliberalen, die im preussischen Polizeistempel noch immer ein ideales Werkzeug zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung erblicken. Und ihnen gefellen sich aus Furcht vor der Sozialdemokratie Freisinn und Zentrum zu, um unter dem Scheine des Wahlrechtskampfes in Wirklichkeit einen Streich nach dem andern gegen die Partei zu führen, die einzig und allein für das freie Wahlrecht streitet, die Sozialdemokratie.

Und in dieser klaren politischen Situation mutet Kollege Rehgäuser der Arbeiterbewegung ein Kompromiß mit ihren Gegnern zu!

Rehgäusers praktischer Vorschlag. In seinen letzten Artikeln kommt Kollege Rehgäuser zu dem an und für sich ganz richtigen Schlusse, daß nur eines die Stoskraft der Arbeiterbewegung fördern könnte: ein Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft. Dies sei aber heute nicht möglich, da der erste Teil des Erfurter Programms eine wirkliche politische Interessenvertretung nicht zulasse und so im Widerspruch mit der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehe. Daß dem nicht so, ist bereits bewiesen. Dann schreibt er wörtlich:

In vollem Umfang erkenne ich an, daß die sozialdemokratische Partei allezeit bemüht gewesen ist, energisch und rücksichtslos den Arbeiterinteressen zu dienen, aber nur vom sozialrevolutionären Standpunkt aus. Wie immer

im Wirtschaftsleben, müssen wir aber auf dem politischen Gebiet ein Kompromißverfahren einschlagen. Die Umwandlung der Sozialdemokratie aus einer sozialrevolutionären in eine radikal-sozialistische Reformpartei ist die Voraussetzung dafür, der einzige Weg der eine harmonische und nützliche Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften ermöglicht.

Es ist zweifellos richtig, daß, soll eine zweckmäßige Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt werden, volle theoretische und taktische Einheitlichkeit Voraussetzung sein muß. Mit simplen Einigungsresolutionen ist das nichts getan. Nur will es mir nicht scheinen, daß der vom Kollegen Rehgäuser vorgeschlagene Weg ein rechter und gangbarer ist. Was fordert er denn weiter als das Kompromiß als Prinzip? Und da kann die Partei nicht mittun. Zumal selbst die deutschen Gewerkschaften noch nie daran gedacht haben, sich auf das Kompromiß festzulegen. Heißt es doch selbst in der Resolution über die Tarifverträge, die 1899 der Frankfurter Gewerkschaftskongress annahm:

Tarifliche Vereinbarungen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Berufen erstrebenswert, in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten.

Man sieht: Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt war sich völlig darüber klar, daß schwache Gewerkschaften, sobald sie sich mit ihnen überlegenen Unternehmergruppen einlassen, den Kürzen ziehen müßten. Deshalb empfahl er nur starken Organisationen den Abschluß von Tarifverträgen. Und sie sind ja denn auch nur dort zustande gekommen und von wirklichem Erfolge begleitet gewesen, wo die Gewerkschaften durch schwere Kämpfe die Unternehmer zum Verhandeln zwangen. Also das gewerkschaftliche Kompromiß ist eine Folge des Erstarrens der Gewerkschaftsbewegung. Nur, wo es diese ist, wirkt es günstig. Das müssen wir jetzt im Auge behalten, wenn wir nur zu der Folgerung des Kollegen Rehgäuser vom gewerkschaftlichen auf das politische Gebiet übergehen.

Logisch wäre diese doch nur dann, wenn die politische Situation in Deutschland so wäre, daß die Sozialdemokratie, in der Lage, ernsthafte, ins ganze Leben der Nation einschneidende Aktionen zu führen, die Regierung zu gewissen Zugeständnissen zwingen könnte. Doch das ist eben heute nicht der Fall. Deutschlands politische Gewalt haben die ernsthafte Kämpfe gegen ihr Regime gesehen. Selbst jener Vorstoß von 1848 war nur von geringem Erfolge begleitet. Schon Ende desselben Jahres begann wieder eine Reaktion ihr Wüten, wie das schwebeliche nicht auszudenken war. Und seitdem gleiten die demokratischen Elemente des Bürgertums immer mehr auf der gleichen Ebene nach rechts hinab, ihren politischen Kredit bei der Regierung, welche nicht mehr "beirätend" — gerade weil sie als schwache Parteien das Kompromiß zum Prinzip erörtern haben. Ein Blick auf die Blockpolitik ist hier sehr lehrreich. Wie in dem Moment, wo die bürgerliche Demokratie im Bankrottieren begriffen ist, eine Bewilligung des Budgets durch die Sozialdemokratie — wie es Kollege Rehgäuser wünscht — oder eine ähnliche, staatsmännische Leistung wirken würde, das ist doch wohl ohne weiteres klar. Zugunsten der Arbeiterbewegung sicherlich nicht. Man würde so etwas viel eher als Schwäche ansehen. Das müßte doch auch Kollege Rehgäuser bedenken. Sind doch solche staatsmännische Extratouren schon oft genug gemacht worden. Aber immer mit negativem Erfolge. Trotzdem die Briten in der Schweiz in hohen Staatsämtern sitzen, führt ein Kanton nach dem andern Streik gegen ein, die gerade der Gewerkschaftsbewegung so schweren Schaden zufügen werden. Und als in Frankreich ein Sozialist Minister spielte, hinderte das niemand, Polizei und Militär gegen streikende Arbeiter mobil zu machen. Und das sind demokratische Staaten, in denen die Parlamente viel mehr Rechte haben als im halbabsolutistischen Preußen-Deutschland!

Aus alledem ersehen wir, daß der vom Kollegen Rehgäuser vorgeschlagene Weg für die deutsche Arbeiterbewegung nicht gangbar ist. So bleibt uns eben nur der gerade Pfad des proletarischen Klassenkampfes. Und da die bürgerlichen Parteien alles tun, um uns durch ihren festen Zusammenschlusse zu isolieren, da sie sich einig sind im brutalen Kampfe gegen uns, so müssen wir jederzeit zu Unwehr und Angriff gerüstet sein. Alle Mittel haben wir bereit zu halten. Das Wort Bünelburgs: „Gewerkschaften und Partei sind eins“, muß bis in alle Konsequenzen befolgt werden. Die Gewerkschaften selbst müssen jeden Augenblick in der Lage sein, in die politische Aktion einzugreifen! Das wird nicht leicht sein. Es wird sicher schwer werden, die Masse der Gewerkschaftler so weit zu bringen. Aber dennoch muß es geschehen. Der Kampf in Versammlungen und in der Presse genügt bei so sturpellosen Gegnern nicht mehr. Es wird früher oder später zu andern, wirksamern Mitteln gezwungen werden müssen. Und das alles kann geschehen, ohne daß wir die Mühe des Überlegens oder die Klarheit des Denkens verlieren.

So, bis an die Zähne bewaffnet, auf alle Eventualitäten gefaßt, wird das Proletariat seinem Gegner Achtung abzwängen. Dann muß es ein Machtfaktor werden, mit dem man politisch zu rechnen hat. Dann kann auch kein Isolieren seine Machtentfaltung hindern, dann ist es aus mit der „Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie!“ Und früher oder später wird die borussische

Unkultur ein Ende nehmen. So oder so! Auf den Trümmern des alten Borussia'staates aber werden kräftige Proletariatskräfte ein neues, freies Deutschland zimmern! Und Deutschlands Buchdrucker, die schon in den Frühlingstagen der deutschen Arbeiterbewegung in den vorbesten Reihen standen, dürften auch hier nicht versagen. Im eignen Interesse!

Karl Wötcher.

Korrespondenzen.

nn. **Bad-Nauheim.** Am 12. April weilte unser Gauvorsteher C. Dominé in unser Mitte, um uns einen Vortrag über: „Die gegenwärtige tarifliche Lage“, zu halten. Der Vortragende behandelte in seinen 1 1/2 Stunden Ausführungen die Hauptpunkte des Tarifs. Von den Vorgängen des Jahres 1891 ausgehend, führte Kollege Dominé an Hand von reichlichem Materiale den Verwehrenden so recht vor Augen, was unser Verband bis zur heutigen Zeit alles erreicht habe. Auf alle Einzelheiten des Vortrags hier einzugehen, verbietet der farge Raum des „Korr.“. Am Schlusse des Vortrags spendeten die Anwesenden unserm verehrten Gauvorstehernden den Beifall. Dieser sowie die große Ruhe und Aufmerksamkeit entschädigten Kollegen Dominé für seine Mühe-maltung. Hieran anschließend hielt Herr Redaktions-geselle Hartmann einen Vortrag über: „Gewerkschaftliche Neutralität.“ Die meisten Kollegen hatten jedenfalls Ausführungen zu der Artikelserie uners Kollegen Rehgäuser erwartet. Hierzu kam es jedoch nicht. Herr Hartmann teilte seinen Vortrag in die drei Teile „Sozialismus, Sozialdemokratie und Gewerkschaften“ ein. Es handelte sich hauptsächlich um einen wissenschaftlichen Vortrag. Am Schlusse seiner Ausführungen erstete Herr Hartmann für seine interessanten Worte den Beifall der Versammlung. Da die Artikel uners Kollegen Rehgäuser nun einmal angeschnitten waren, übernahm es Kollege Dominé, in kurzen Worten hierauf einzugehen. Im Laufe der Debatte erklärte sich die Versammlung mit der Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ vollständig einverstanden. Nachdem noch einige interne Sachen erledigt waren, fand die zahlreich besuchte Versammlung ihren Schluß.

Berlin. Am 26. April feiert das Gesamtpersonal der Firma Hempel & Co. das gemeinsame fünfzig-jährige Berufsjubiläum der Kollegen Emil Bitter (Maschinenmeister) und Louis Rey (Seher der „Täglichen Rundschau“). Bitter ist 1842 in Berlin geboren, lernte daselbst bei Sittenfeld & Hoffschläger und konditionierte später bei Sayffardt. 1879 wurde er infolge des Sozialistengesetzes ausgewiesen und arbeitete Johann in Gera, Rudolfsstadt und Frankfurt a. M. Nach dem Neunstundenkampfe kehrte er nach Berlin zurück, wo er seitdem bei Hempel & Co. tätig ist. Rey ist 1844 in Memel geboren, lernte daselbst bei Wollmanns und arbeitete später in Königsberg, Berlin, Babelsberg, Stuttgart, Koburg, Salzgungen, Straßburg, Freiburg i. Br., Neu-Uppin und seit 1873 in Berlin. Seit 1882 ist er bei Hempel & Co., nur unterbrochen durch die Neunstundenbewegung, tätig. Beide Jubilare haben an der Wiege der Organisation gestanden, sind als erste dem Rufe Richard Härtels gefolgt und erzeuften sich seltener Geistesfrische und körperlicher Kräftigkeit. Möge ein gnädiges Geschick ihnen einen recht langen, sonnigen Lebensabend bereiten. Die Feier beginnt nachmittags 4 Uhr im Restaurant „Zum Alexandriner“, Berlin, Alexandrinerstraße 37a.

Diesseu (Ammersee). Gelegentlich einer am 11. April hier abgehaltenen Versammlung, bei welcher Gauvorsteher Seig anwesend war, hat sich hier wieder ein Ortsverein gebildet, bestehend aus zwölf Mitgliedern. In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Max Stranzinger, als Kassierer Hans Andelsbauer.

Dresden. (Gaumitgliederversammlung vom 7. April.) Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Eichler. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren desselben von den Plätzen. Hierauf wurde in der Beratung der Vorträge zur Generalversammlung fortgefahren. Bei der Besprechung über die allgemeine tarifliche Lage und den Organisationsvertrag wurde ausgeführt, daß die ganzen Urträge zu diesem Punkte wohl dahin gingen, den Mitgliedern mehr Mitbestimmungsrecht bei wichtigen Angelegenheiten zu sichern. Besonders wolle das der Antrag Berlin, der bei Beschüssen des Tarifamtes von einschneidender Bedeutung eine Verständigung mit den Gauvorstehern wünscht. Für uns käme hier mit in Frage der Beschluß des Tarifamtes, der den Ausschüssen eine Begahlung der Feiertage verweigere; es müßte Material gesammelt werden, um die Unhaltbarkeit dieser Bestimmung zu beweisen. Auch daß den Tarifauschüssen Stenograph beigegeben werde, hält man für nötig, denn dann könnten Zwischenfälle, wie z. B. mit den Maschinenmeistern, nicht mehr vorkommen. Für die Zustimmung zum Antrage Frankfurt a. M. sprach für uns der Fall der Buchdruckerei Lehmann. Zwei Kollegen sind hier zur Wahrung ihrer tariflichen Interessen zur Tarifantsitzung nach Berlin mit Genehmigung des Gauvorstandes gefahren. Die Kosten habe hierfür die Verbandskasse tragen sollen, was aber abgelehnt worden sei. Man ist jedoch der Überzeugung, daß derartige Fälle unbedingt unter die Rubrik „Rechtschutz“ gehören und darum von der Verbandskasse getragen werden müßten. Jedoch sprach man sich gegen die Gratislieferung sämtlicher Druckausgaben aus, da hier die Kosten zu große wären. Von anderer Seite wurde noch aus

geführt, daß bei Fragen, wie z. B. der Organisationsvertrag, die Mitglieder nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden dürften, und solle die Generalversammlung ein ernstes Wort mit dem Verbandsvorsitzenden reden. Durch die Streichung des § 4 des Vertrages sei derselbe wertlos und enthalte nur noch Strafbestimmungen. Redner empfahl den Antrag Nürnberg. Dem wurde entgegengetreten, daß die Strafbestimmungen des Vertrages bedeutend günstiger lägen wie z. B. beim Gewerbevereine, wonach Laufende von Mart einem Kollegen abgenommen werden könnten. Jedenfalls liegt kein Grund vor, jetzt in dieser Weise gegen den Vertrag Sturm zu laufen. Einer Urabstimmung bei allen wichtigen Angelegenheiten konnte Redner nicht zustimmen, da hier Kollegen mit abstimmen, die sich sonst nicht um unsre Angelegenheiten kümmern. Die Spartenfrage betreffend wurde anerkannt, daß der Verbandsvorsitzende den Sparten entgegenkomme, und daß man damit wohl zufrieden sein könne. Auf der Generalversammlung würde der Spartenfrage jedenfalls größte Beachtung geschenkt werden. Einer Teilnahme der Spartenvertreter an den Sitzungen des Verbandsvorsitzenden mit beratender Stimme wurde das Wort erteilt. Dem Antrag Offenbach, Unterstützung der Sparten in bezug auf technische Ausbildung, wurde zugestimmt. Bei der Beratung der Abänderungsanträge zum Statut wurde zum § 1 Abs. 1 von einigen Rednern der Antrag Karlsruhe empfohlen. Wir müßten uns auch mit Politik beschäftigen können, und würde uns in dieser Frage nicht zu ängstlich verfahren. Unsere erste Aufgabe wäre ja die Behandlung der rein gewerkschaftlichen Fragen; aber es könnten auch Verhältnisse eintreten, die uns zwingen, uns mit Politik zu beschäftigen, wie das Buchhaltungs- und Arbeiterkammern, Vereinsgesetz. Dem wurde entgegengetreten, daß wir uns in solch wichtigen Fragen ja sowieso schon in den Versammlungen beschäftigen, weiter wären dazu aber wohl die politischen Vereine da und läge für uns kein Grund vor, deswegen an dem § 1 herumzuändern. Wir hätten innerhalb unsers Verbandes genug zu erleben, als daß wir noch unnötigerweise den Schaftmachen unter unsern Prinzipalen Wasser auf die Mühlen brächten. Einen Antrag auf Vertagung der Beratung der Anträge zur Generalversammlung stimmte die Versammlung zu und erfolgte darauf die Auffstellung der Kandidaten. Als solche wurden aufgestellt die Kollegen: Hahn, Lehmann, Reichenbach, Riem, Risch, Steinbrück, Weise, Wendische. Unter „Verbandsangelegenheiten“ bemerkte Kollege Riem, daß im letzten Dresdener Versammlungsbericht einige unrichtige Wiedergaben seiner Ausführungen enthalten wären. Er habe deshalb eine vollständig sachliche Berichtigung an den „Korr.“ eingeleitet, welche jedoch abgelehnt worden wäre, weil angeblich zu wenig Raum vorhanden. Kollege Reghäuser habe an diesen Versammlungsbericht jedoch eine sehr wichtige Berichtigung angehängt, worin er die „Berichtigung“ im „Korr.“ formell, und nicht per Versteht mitgeteilt, daß ihm die Berichtigung an die Generalversammlung offen stände, wenn er glaube, daß ihm Unrecht geschähe. Kollege Riem meinte dann noch, daß er, wenn er zur Generalversammlung delegiert, schon seine Resolution gehörig begründen und auf Reghäusers Artikel antworten würde. Man solle jedoch nicht glauben, daß er ein besonderes Gewicht darauf lege, nach Köln geschickt zu werden, er könne genug auf Kongressen und Versammlungen vertreten sein; aber interessant wäre es für ihn, zu sehen, wie viele Kollegen im Gau ihn wählen würden. In der Debatte wurde zugegeben, daß Reghäuser einen Fehler durch die Ablehnung der Niemschen Berichtigung begangen habe, aber auch das Auftreten des Kollegen Riem auf das schärfste verurteilt, wenn er die Kandidatur als Versuchssubjekt betrachte und das höchste Amt; das die Kollegen zu vergeben hätten, zu seinen Experimenten benutzen wolle. Es wurde ferner ausgesprochen, daß Riem seit zehn Jahren nur drei von unsern Gewerkschaftsversammlungen besucht habe und sich somit gar nicht um seine Gewerkschaft gekümmert habe, die er jetzt auf der Generalversammlung vertreten wolle. Es wurde zugegeben, daß Riem als Redakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung“ keine Zeit habe, sich mehr in unsern Versammlungen zu betätigen, aber dann finde man es schon mehr als sonderbar, wenn er die Kandidatur überhaupt annehme, und fast scheint es, als hätte Riem seine jetzige Tätigkeit nur entfaltet, um zu dieser Kandidatur zu gelangen. Kollege Riem befrucht entschiedene das letztere und meinte, daß er, solange er Redakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung“ sei, stets bemüht gewesen sei, sachlich und objektiv alle Fragen unsers Verbandes zu behandeln. Er sei durch andre Sachen zu sehr in Anspruch genommen, um die Gaumitgliederversammlungen regelmäßig besuchen zu können, bringe aber allen Angelegenheiten innerhalb unsers Verbandes das regste Interesse entgegen. Um aber falschen Auslegungen zu begegnen, lehne er die Kandidatur ab. Diese Erklärung Niems rief bei Gegnern und Freunden große Bewunderung hervor, und wurde er als schlechter Vertreter seiner Meinung bezeichnet, wenn er sich schon durch diesen kleinen Ansturm wehren lasse. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung, die trotz der so wichtigen Tagesordnung schwach besucht war.

(Die „Berichtigung“ des Kollegen Riem wurde nicht wegen Raummangel abgelehnt, sondern Riem wurde mit seinen Nichtigstellungen an den Schriftführer verwiesen, der ihm angeblich unrichtige Ausführungen untergeschoben haben sollte. In der betreffenden Postkarte, die in der Versammlung wortwörtlich zu verlesen Kollege Riem wohlweislich unterließ, ist ausdrücklich gesagt, daß seine Nichtigstellung aufgenommen würde,

wenn der Schriftführer diese einsehen wolle. Das geschah aber nicht, weil jedenfalls die im Bericht erwähnten Darlegungen des Kollegen Riem, die er nachträglich berichtigen wollte, den Tatsachen entsprachen.)

Reaktion.)
Seibronn a. N. Unsere beiden letzten Versammlungen beschäftigten sich in ihrer Hauptsache mit Stellung und Beratung von Anträgen zur Generalversammlung und zum Gautage. Da dieselben inzwischen bereits veröffentlicht wurden, erübrigt sich deren Wiedergabe. Als besonders erwähnenswert sei bemerkt, daß der hiesige Ortsverein das zweite Hundert an Mitgliedern überschritten hat, was hauptsächlich auf die Gründung einer Genossenschaftsbruderei zurückzuführen ist, wo 14 Kollegen Unterstützung fanden. Auch die an Ostern Neuauslernenden halten bereits fleißig Umschau nach Aufnahmefähigen, so daß hier unsern großen „Schwabenwillehm“ wieder keine Neutreten zum Einreisen übrig bleiben werden. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde unser Vertrauensmann Ketter vorgeschlagen, und hoffen wir, daß unsern Wünschen in dieser Beziehung Rechnung getragen wird.

-s. Laugensalza. Am 2. April konnten die Kollegen Bauer und Haffner auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbandsverband zurückblicken. Aus diesem Anlasse hatten sich die Kollegen mit ihrer besten Hälfte am 4. April im Vereinslokal vollzählig zumangekommen, um diesen Tag feierlich zu begehen. Nach einem taktvoll vorgetragenen Begrüßungslied ergriff unser verehrlicher Gauverwalter Palm das Wort zur Festrede, uns den Werdegang des Verbandes bis zur heutigen Zeit vor Augen führend, unter besonderem Hinweis auf die Jubilare. Am Schlusse seiner Rede überreichte er den Jubilaren ein Diplom. Möge der gute Besuch dieses so großartig verlaufenen Festes unsern Jubilaren zur besonderen Ehre gereichen, möge er sich auch in Zukunft auf unsre Versammlungen übertragen, denn nur durch Einigkeit kommen wir zum Ziele. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß uns Herr Buchdruckermeister Thomas jr. die Programme gratis zur Verfügung stellte, und sagen wir hierfür an dieser Stelle nochmals unsern besten Dank. — In der Anfang April stattgefundenen Monatsversammlung erstattete der Kassierer den Bericht vom ersten Quartal, und war hieraus zu ersehen, daß der Mitgliederstand 76 betrug.

München. (Maschinensehervereinigung für Oberbayern.) Einen großen Verlust hat unsre Vereinigung erlitten. Durch die Auflösung des Betriebes der „Allgemeinen Zeitung“ wurde unser langjähriger Vorsitzender und früherer (seit Gründung) Schriftführer, Kollege Pfang, arbeitslos und mußte München verlassen. Die Vereinigung verliert an Kollegen Pfang einen treuen Berater; hoffentlich gelingt es ihm, bald wieder in München Stellung zu erhalten. In einer Sitzung am 22. März wurde als Vorstand Kollege Thob. Schaffner, München, Humboldtstraße 22, III., gewählt. In derselben Versammlung wurde noch beschlossen, im Sommer einen Ausflug nach Freising zu veranstalten.

Reddinghausen. In der am 11. April abgehaltenen Quartalsversammlung waren 18 Kollegen anwesend; der Besuch war also ein sehr schlechter, besteht doch der Ortsverein aus 41 Mitgliedern. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde beschlossen, zwei die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule besuchende Lehrlinge, welche sich bei Gelegenheit der letzten Prüfung durch Ausstellen sehr gut gelungenen Anzeugschnitte auszeichneten, durch Überreichung eines praktischen Buches zu belohnen. Des weiteren sei noch erwähnt, daß auch bei der Firma Dreier die vor zwei Jahren bewilligten Ferien noch bestehen. Im Rechenschaftsberichte des Gauers pro 1907 war unter der Rubrik „Bericht aus den Bezirken“ irrtümlicherweise nur die Firma Bauer genannt.

Rendsburg. Unser am 11. April abgehaltene Ortsvereinsversammlung war vollzählig besucht. Sämtliche Kollegen hatten es in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung für geraten erachtet, im Konserete der Mächte eine Stimme mitzupfehlen. Und warum auch nicht; dies ist auf der einen Seite das gute Recht, auf der andern Seite die verdamnte Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes. Nachdem die übliche Quartalsabrechnung erstattet und der Gautagsbelegierte seinen Bericht gegeben hatte, kam der Punkt der Tagesordnung, welcher wohl das allgemeine Interesse wachgerufen hatte, der Vortrag: „Zweck und Nutzen des Gewerkschaftsartikels.“ Der von uns eingeladene Kollege König (Kiel) erhielt hierauf das Wort. In etwa einhalbstündiger Rede führte der Referent den Anwesenden in kurzen, aber klaren Zügen die Bedeutung der Fühlungnahme aller organisierten Gewerkschaftler vor Augen, darauf verweisend, daß auch das Unternehmertum nach jeder Richtung den Nutzen der Vollständigkeit der Organisation in seinen Reihen zu würdigen verstände. Im Ziffern wurde nachgewiesen, wie viel auf diesem Gebiete noch zu schaffen sei. Es soll angeblich nur erst ein Drittel aller organisationsfähigen Arbeiter den für sie geeigneten Weg gewählt haben. Hier dürfte, so meinte der Referent, eine Körperschaft, die als die Pioniere der Arbeiterschaft gelte, auch in Rendsburg nicht zurückstehen. Es würde diesen Raum zu weit überschreiten, wollte ich auf weitere Einzelheiten dieses interessanten Vortrages eingehen. In der folgenden Diskussion fand der Vortrag ausnahmslos vollständigen Beifall, wenn auch in betreff des Anschlusses an das hiesige Gewerkschaftsartikell dasselbe sich das Monita gefallen lassen mußte, daß es zu weit links marschiere. Nach den verschiedenen sachlichen Behandlungen dieser Materie seitens

verschiedener Kollegen nahm Kollege König nochmals Veranlassung zu einem kurzen Schlußworte. Die nun erfolgende Abstimmung über den Antrag ergab 13 Stimmen für, 5 gegen. Somit wäre ein Schritt getan, für den schon manches Wort geredet ist; zweifellos ein Schritt nach vornwärts. Mühte doch die hiesige Mitgliedschaft bis jetzt stets Gefahr laufen, alle ihre Aktionen nach außen hin (Krankentafelwahl, Wallotte-Meß) von der übrigen Arbeiterschaft als Eigenbrödelei bezeichnet zu sehen. Mit einem Wort auf den Verband wurde die äußerst interessante Versammlung geschlossen.

Saarlouis (Saar). Der hiesige Ortsverein hielt seine zweite Generalversammlung am 11. April in seinem Vereinslokal ab. Fast vollzählig waren die Mitglieder von Saarlouis und Dillingen erschienen. Kollege Schuch eröffnete die Versammlung und widmete dem verstorbenen Kollegen Schuler einen warm empfundenen Nachruf. Die Mitglieder ehrten dessen Andenken durch Erheben von den Sitzen. Kollege Pecina erstattete den Kassierenbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 11, am Schlusse desselben 14. Der Vorsitzende verberichtete sich in seinem Jahresberichte zunächst über die allgemeine Lage in der Organisation, gedachte des Gutenbergsbundes und begrüßte mit besonderer Genugtuung den Eintritt der vielen Bündler zum Verbandsverband. Sodann behandelte Redner in längeren Ausführungen den Organisationsvertrag und die vollzogene Änderung des § 4 desselben. Der Ortsverein hatte in dem vergangenen Jahr ein ziemlich ruhiges. Im die Versammlungen interessanter zu gestalten, hielt der Vorsitzende kurze Referate über den neuerevidierten Tarif, das Entstehen und Wachsen unsrer Tarifgemeinschaft, den Buchdrucker-Duben usw. Der Besuch der Versammlungen war, abgesehen von einigen Gewohnheitschwängern, ein ziemlich guter. Auch das kollegiale Leben ist ein besseres zu nennen als im Vorjahr, und ist das ein besonderes Verdienst des Kollegen Schuch, der unermüdetlich die Kollegen dazu anspornt, durch gegenseitiges Vertrauen den Geist echter Kollegialität zu wecken. Mit besonderer Genugtuung begrüßte der Vorsitzende, daß hier am Ort auch ohne Obligatorium jedes Mitglied den „Korr.“ beifügt. Durch freiwillige Beiträge der Mitglieder wurde auch die Bibliothek um einige schöne Bände vermehrt, jedoch ist die Benutzung derselben eine sehr minimale. Das Schmerzenskind des Ortsvereins ist noch immer die Druckerei Emmerich (Dillingen). Der Wechsel der Kollegen ist dort ein sehr großer, was wohl hauptsächlich auf die schlechten Verhältnisse und die großen Anforderungen des Prinzipals, dem nie genug gearbeitet wird, zurückzuführen ist. Von einem Stützpunkt wurde Abstand genommen, dafür aber beschlossen, das Johannistfest in Saarbrücken gemeinschaftlich mitzufeiern. Den Kollegen soll dazu aus der Ortskasse eine Beihilfe gewährt werden. Der wöchentliche Beitrag wurde von 10 auf 15 Pf. erhöht. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Schuch einstimmig wiedergewählt; auf Antrag des vor. vergangenen Kassierers fiel die Wahl auf den Kollegen Pecina. Nachdem der Vorsitzende noch kurz die Kollegen zu fernem Zusammenhalten ermahnte, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Salzhausen-Schömar. Die erste Ortsvereinsversammlung wurde am 14. März abgehalten und war ziemlich gut besucht. Die Haupttagsordnungspunkte bildeten Statutberatung und Festlegung des Ortsvereinsbeitrags. Das Statut wurde dem des Ortsvereins Bielefeld entlehnt und mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Der Beitrag wurde auf 15 Pf. festgesetzt, der sich aus dem „Korr.“ Obligatorium (auf zwei Mitglieder ein Exemplar) und 5 Pf. zu Bibliothekszwecken zusammenfügt. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen zum fleißigen Besuche der Monatsversammlungen und reger Mitarbeit an den Verbandsarbeiten und schloß mit einem kräftigen Hoch auf den Verband. — Die folgende, am 8. April abgehaltene Versammlung beschäftigte sich im weiteren mit der Bewollständigung des Vorstandes und der Lokalfrage. Die verschiedenen Ortsvereine, welche in ihren Bibliotheken über Duplikate verfügen, werden freundlichst gebeten, solche unsre jungen Ortsvereine gütigst überweisen zu wollen, und ist den Spendern der Dank im voraus sicher. Sendungen wolle man gefl. an den Vorsitzenden Paul Franz, Salzhausen in Sippe, richten. Portoauslagen werden gern vergütet.

Stendal. Die Herren Verbandsfunktionäre und Kollegen werden vor dem Seher Robert Paschowski aus Pasewalk gewarnt. Derselbe sucht unter der Vorpiegelung, Verbandsmitglied zu sein, bei den Mitgliedern Bekanntschaft zu machen, um dieselben dann zu brandschlagen. W. ist im Februar vom Bezirk Neucruppin wegen Ketten ausgeschlossen worden.

Wöllingen a. d. Saar. Am 11. April hielt der hiesige Verein seine Monatsversammlung im Vereinslokal ab. Die Beratung in das in Frage stehende Lokal wurde dadurch nötig, daß unser langjähriger Vereinswirt den hiesigen Ort verlassen hat. Außer einigen internen Vereinsangelegenheiten und Neuaufnahme eines Kollegen kam man zur Besprechung der Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ des Kollegen Reghäuser. Wir wollen für Reghäuser keine Lanze brechen, das haben andre in verschiedenen Akten getan, nur kurz wollen wir das zusammenfassen, wie wir in einem kleinen Ortsvereine, der auch die Ansichten der Großstadtkollegen zu würdigen weiß, denkt. Allgemein war man ist man der Meinung, daß eine wahre Neutralität in unserm Verbandsverbande getätigt werden sollte. Weiteres hinzuzufügen halte ich für überflüssig. Nur dafür möge die Generalversammlung sorgen, daß mehr Agitation getrieben wird, denn in den Provinzdruckorten, hauptsächlich in den kleinen, haben die Verbandsfunktionäre schwer zu arbeiten,

um den Indifferentismus einiger Kollegen zu bekämpfen. Also nochmals, zuerst die Ministerarbeit unterstützen, und dann können wir auch etwas Großes wagen. Das ist meine und unsrer Ansicht.

t. Zweibrücken (Hsalf). Daß auch in der Provinz ein echter fortschrittlicher Geist herrscht, bemies die dabei abgehaltene öffentliche Versammlung mit Kollegen Metzger für als Referenten. Nicht allein, daß von 33 Mitgliebern 31 anwesend waren, war selbst der Vorort Birmasens mit fast derselben Anzahl erschienen (auch das bei jetzt immer noch sehr rückständige Gomburg war vertreten). Parteigrößen verschiedenster Couleur fanden sich als Interessenten ein. Es war aber auch ein Genüß, dem Referenten in seinem zweistündigen freien, aber sachlichen Vortrage bis zum Schluß zu folgen. Daß Aufführungen wirklich wurzeln, bemies der rauschende Beifall und Zustimmungen der gesamten Zuhörer. In der sonderbarerweise sachlich gehaltenen Diskussion wurde denn auch nur von Birmasens Kollegen bedauert, Kollegen Metzger nicht für die „Schufter“ hochburg gewonnen zu haben, um die dortigen Fanatiker eines „besseren“ zu belehren! Weitere Ausführungen waren lokaler Natur, und nachdem sich niemand mehr zum Worte meldete, schloß der Ortsvereinsvorsitzende die impopulante Versammlung mit einem kräftig widerhallenden Hoch auf den Verband. — Eine sich anschließende gemütliche Unterhaltung verwallständigte diesen für den Ortsverein Zweibrücken denkwürdigen Tag.

Rundschau.

Eine ernste Mahnung ist in diesen Tagen an Plage. Der berufliche sowohl wie der organisatorische Nachwuchs ist nummehr eingerückt. Mehr als sonst wird dadurch die Gehilfenschaft jetzt an die große Pflicht gemacht, das in ihren Kräften Stehende zu tun, auf daß die heranwachsende Generation im Verufe wie auch in der Organisation befähigt wird, die immer schwieriger und vielseitiger werdenden Aufgaben des Gewerbes zu meistern und ihnen zu einer befriedigenden Lösung zu verhelfen. Es sind ungefähr 3000 junge Menschenkinder, die alljährlich zu Ostern und im Herbst, in der großen Mehrzahl aber in den jetzigen Tagen, unserm Gewerbe als Lehrlinge zugeführt werden. Welchen Zweig desselben sie auch erlernen wollen oder sollen, wir haben das lebhafteste Interesse daran, daß sie alle tüchtig in ihrem Verufe, daß sie sämtlich brauchbare Arbeiter werden. Wie oft heißt es im Laufe eines Jahres im „Korr.“ oder in Versammlungen: „Unsere Zukunft liegt bei unserm Nachwuchs.“ Soll sich dieses Wort behaupten und nicht nur leerer Schall sein, haben wir unsererseits auch dafür zu sorgen, daß der Worten die Tat folgt. Was daher die Kollegen zu tun vermögen, die neuentretenden Lehrlinge „tüchtig und gründlich in ihrem Verufe auszubilden“, muß geschehen. Die Ergebnisse der in den letzten Wochen stattgehabten Gehilfenprüfungen haben gezeigt, daß die vielfach zu konstatierende schlechte oder mangelhafte Ausbildung nicht immer nur die Lehrprinzipale trifft. Es ist auch bei sorgfältiger Auswahl der Lehrlinge nicht immer möglich, Fehlgriffe zu vermeiden. Wo daher in der auf vier Wochen bemessenen Probezeit die mangelnde Qualifikation eines Lehrlings zu seinem Verufe unverkennbarutage tritt — sei es in geistiger oder in körperlicher Hinsicht —, da müssen die nötigen Vorstellungen bei der Geschäftsleitung erhoben werden, damit es nicht zu einer unnützen Quälerei vier Jahre hindurch für den Lehrling und für den diesen anmernden Angestellten kommt, die ja auch nicht im geschäftlichen Interesse liegen kann. Wo aber bei der Ausnahme von Lehrlingen leichtfertig verfahren, der betreffende Prinzipal also von vornherein die Schuld auf sich ladet, wo ferner die Lehrlingskata überbeschritten worden ist mit den Neueinstellungen, da besorge man den in der tarifarischen Befristungmachung betreffend die Einstellung von Lehrlingen vorgezeichneten Weg. Im übrigen aber wollen und müssen wir als Gehilfen uns bestrengen, den Lernenden in jeder Beziehung ein nachahmenswertes Beispiel zu geben, damit nicht wir verantwortlich gemacht werden können, wenn die Erziehung des gewerblichen Nachwuchses hinter den berechtigten Erwartungen und Voraussetzungen zurückbleibt. Den jetzt Ausgelernten gegenüber erwachsen uns ähnliche, nicht minder ernste Verpflichtungen. Es ist ja mit großer Freude wahrzunehmen, daß gegenwärtig jede Nummer des „Korr.“ eine große Anzahl von Aufnahmegesuchten Neuausgelernten bringt, wobei noch zu beachten, daß nur ein Teil dieser Anmeldungen zu unserer Organisation in „Korr.“ zur Veröffentlichung gelangt, denn viele Druckorte sehen von einer Kamfaktmachung der Ausgelernten unter den Aufnahmegesuchten ab. Wie Kläglich nehmen sich dagegen die im „Typograp.“ jetzt veröffentlichten Anmeldungen zum Gutenbergsbund aus! Die Bundesleitung rechnete nach eigenem Zugeständnisse mit dem zu Ostern zu erwartenden Zuwachse. Nun ist der Beweis erbracht, daß man sich auch mit dem „Ostergeschäft“ gründlich verrechnet hat. Das war allerdings unschwer zu prophezeien, aber die Bundesführer wollen es ja niemals glauben, daß der Bund den Krebsgang geht. Wir aber haben nun die wichtige und gar nicht so leichte Obliegenheit zu erfüllen, diesen nicht geringen organisatorischen Nachwuchs zu tüchtigen Verbandsmitgliedern zu machen. Die gewerkschaftliche Erziehung steht nun von neuem ein, und jeder ist nicht nur berufen, sondern verpflichtet, an ihr mitzuwirken nach bestem Können und Wissen. Das Kapitel von der innern Agitation nimmt hier schon seinen Anfang. Aber auch auf

das Reale möchten wir bei der Gelegenheit das Augenmerk lenken. Die Bezahlung der Neuausgelernten wie auch die der nummehr in ein Jahr Ausgelernten erfordert in diesen Tagen unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir eruchen deshalb, darauf zu achten, daß die Bezahlung dieser jungen Kollegen allenthalben dem § 4 des Tarifs entspricht. Das in vorstehendem Besagte oder auch Ungebeutete findet in einem Ausspruch der Prof. Weggers einen so prägnanten Ausdruck, daß wir denselben zur Verberzigung allgemein empfehlen möchten: „Der Erzieher hat nicht sowohl das Richtige zu tun, als das Richtige zu sein. Das stillere Beispiel allein wirkt ungleich tiefer und nachhaltiger als die lautesten Worte und handgreiflichsten Zurechtweisungen.“

Einschränkung des Zeitungswezens verlangte ein Gutsbesitzer namens Montua in einer Landwirtschaftsbündlerversammlung zu Mlenstein. Der Bund der Landwirte möge dahin wirken, daß die Druckerchwärze scharfer befeuert werde, um dem Zeitungswezen zu steuern. In heutiger Zeit, so meinte Herr Montua, lese auf dem Lande schon jeder Arbeiter die Dummheiten in den Zeitungen und werde dadurch ganz konfus gemacht. Das sei die Folge der Willigkeit der Zeitungen, die dadurch auch dem einfacheren Arbeiter zugänglich seien. Durch das Zeitungslesen werde der Arbeiter von allem unterrichtet; das sei nicht gut und nicht wünschenswert; die schädlichen Folgen sehe man immer mehr hervortreten. Ihn den übergriffen der Arbeiter entgegenzutreten, müssen die Zeitungen teurer werden. Dieses wäre wieder zu erreichen durch eine hohe Besteuerung der Druckerchwärze. Dieser Stodagravier wird manchem der Krautjunker aus dem Herzen gesprochen haben. So unzweifelhaft aus seinem Herzen keine Würdegrube zu machen, ist nur nicht nach jedermanns Geschmack in den Reihen der Landwirtschaftsbündler. Herr Montua würde eine würdige Figur in einem türkischen oder russischen Ministerium für „Volksaufklärung“ abgeben. Daß er sein Leben in Ostelbien veräußert, ist jedenfalls nur von dem idealen Bestreben diktiert, den alten Grundbesitz der Agrarier, wonach die dümmsten Arbeiter die besten sind, zu konservieren und nach Möglichkeit zu vertiefen. Also fort mit den Zeitungen, hinweg mit der satanischen Kunst Johann Gutenbergs, und herbei wieder mit den idealen Zeiten des Mittelalters, wo nur der Mönch und der Herr lesen und schreiben konnten!

Eine Zeitungsverschmelzung spukt schon wieder einmal. Diesmal kommt die „Nationalzeitung“, das vieljährige offizielle Parteiblatt der Nationalliberalen, in Betracht, die in Verbindung mit der „Post“ gedruckt wird. Den Redakteuren der „Nationalzeitung“ ist bereits zum 1. Juli gekündigt worden, zu welchem Zeitpunkt die Vereinigung der beiden Zeitungen Tatsache werden soll. Wenn aus der Sache etwas wird — man liest jeden Tag ein anderes —, aber „Zeit durchschlagendes“ „Wirkelt“ —, wird ein Teil unserer Kollegen wieder bei Besatzungen müssen.

Gegen den amerikanischen Papiertrust ist vom Repräsentantenhaus die Einleitung einer Untersuchung genehmigt worden. Die Ausbeutungspraktiken der amerikanischen Papierfabrikanten haben wir mehrfach geschildert; es ist nur fraglich, ob von der Legislative gutgeheißene Schritt den strapellosen Trustherren ein Paroli bietet.

Ein ekkatanter Fall von Terrorismus seitens christlicher Gewerkschaftler kam vor einigen Wochen in einer Königsberger Landgerichtsverhandlung zur Sprache. Ein Zeuge, Angestellter des christlichen Bauarbeiterverbandes, mußte zugeben, daß entgegen der Bestimmung des mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifs, das Zusammenarbeiten mit Andersorganisierten nicht zu verweigern, auf Grund einer besonderen Vereinbarung nur christliche Maurer eingestellt wurden. Er habe den Abschluß des Tarifs mit dem Zentralverband hintertreiben, auf sein Verlangen seien viele arbeitende Zentralverbändler entlassen worden. Dasselbe bestätigte ein als Zeuge vernommener Maurermeister, der Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ist. Durch eine Reihe von Zeugen wurde auch festgestellt, daß sie entlassen wurden oder überhaupt keine Arbeit bekamen, weil sie nicht dem christlichen Verbands beitraten, trotzdem sie zum Teile jahrelang bei einem Arbeitgeber gearbeitet hatten und Familienväter waren. Sie waren monatelang arbeitslos und mußten in andre Städte ziehen, trotzdem viel Arbeit da war. Bei einer Firma wurden auf Betreiben des christlichen Gewerkschaftsangehüllten die Zentralverbändler entlassen und dafür Italiener und Polen eingestellt! Das war der bewegende Punkt dieses Prozesses. Die Verhandlung selbst richtete sich gegen vier Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer, von denen der eine in Königsberg als Lokalbeamter fungiert. Infolge des durch die Christlichen verübten Terrorismus, der schwer schädigend auf die freigewerkschaftlich organisierten Maurer lastete, beging der eine die große Torheit, alte Bücher des christlichen Verbandes durch Einbringen neuer Titelblätter zu fälschen, zwei machten von solchen Büchern Gebrauch und einer leistete Beihilfe dazu. Das geschah, um Kollegen von ihrer Seite zu verhehlen. Damit kann die unsinnige Tat nicht beschönigt werden, aber sie erscheint in weit milderen Licht. Die durch den Terrorismus der Christlichen dazu verleiteten Angeklagten hatten nun das Pech, vor eine Strafkammer zu kommen, die durch ihre harten Urteile in einen gewissen Ruf gekommen ist. Der Staatsanwalt ging denn auch gleich ins volle, indem er gegen den Hauptangeklagten 1½ Jahre Zuchthaus und

zwei Jahre Ehrverlust, gegen einen andern sechs Monate und gegen die beiden letzten je vier Wochen Gefängnis beantragte. Das Urteil fiel etwas ab gegen das beantragte Strafmaß, aber es ist immer noch sehr schwer ausgefallen: ein Jahr Gefängnis für den am meisten belasteten und zwei Monate Gefängnis für den der Beihilfe beschuldigenden Angeklagten. Die moralische Verantwortung für die Tat der Fälschung von Verbandsbüchern wie für die ins Unglück gestobenen Verurteilten tragen aber die christlichen Bauarbeiter in Königsberg. Der von ihnen gegen Andersorganisierte verübte schwere Terrorismus ist Unlaf zu der ganzen unseligen Geschichte gewesen.

Eine Statistik der Mindestgehälter veröffentlichte der Zentralvorstand der Allgemeinen Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“. Die Ermittlungen erstreckten sich auf 68 deutsche und schweizerische Städte; ferner über London, Paris und Wiga. Für Berlin, Hamburg, Bremen und Köln werden 125 Mk. monatlich angegeben. Leipzig ist mit 110 Mk. angeführt, desgleichen Stuttgart, München, Mannheim, Wiesbaden, Essen, Elberfeld-Barmen, Bonn, Braunschweig, Danzig, Kiel. Gießen, Frankfurt a. M. und Freiburg i. Br. mit 120 Mk., Karlsruhe mit 115 Mk. Reutlingen, Krefeld, Augsburg und Halberstadt sind am niedrigsten tarziert: 90 Mk., während Waldshut 120 Mk. Monatsminimum bezahlen soll.

Über die Kindersterblichkeit in Berliner Arbeiterkreisen entrollt Dr. Hamburger ein trübes Bild in der Zeitschrift „Soziale Medizin“. Deutschland hat bekanntlich den höchsten Geburtenüberschuß: 13,9 Proz. gegen nur 1,9 Proz. in Frankreich. Hamburgers Material bezieht sich auf eine von Mitte Dezember 1904 bis zum 8. Januar 1907 in 1042 Berliner Arbeiterfamilien vorgenommene Privatentzucht. Auf jede dieser Arbeiterfamilien entfielen sieben Schwangerschaften! Selten sind Familien mit einer Schwangerschaft (3,26 Proz.), am stärksten fünf Schwangerschaften (12,76 Proz.), bis 15 Schwangerschaften sogar 2,88 Proz. der Familien. Die höchste Ziffer hatte eine 39jährige Arbeiterfrau mit 25 Schwangerschaften erreicht (achtmal Zwillingen)! Ganz anders war jedoch das Resultat in Familien der Reichen, die dieser Art in 119 Fällen beobachtet konnte. In Familien von mehr als 6000 Mk. Jahreseinkommen hatten 119 Frauen nur 416 Schwangerschaften, gleich 3,49 pro Familie, also genau die Hälfte derjenigen in den oben aufgeführten Arbeiterfamilien. Die Verluste in diesen Familien betragen:

	bei den Reichen	bei den Arbeitern
Todesfälle	9,85 Proz.	32,75 Proz.
Fehlgeburten	8,19 „	17,89 „
Zusammen	18,02 Proz.	50,89 Proz.

Medizin bei den Arbeitern fast dreimal soviel als bei den Reichen. Der Prozentsatz der überlebenden ist bei den Reichen 81,97 Proz., bei den Arbeitern sehr viel geringer: 49,36 Proz.! „Hunderte und Tausende von Arbeiterfrauen gehen an diesen fogenannten Kinderlegen zugrunde“, meint Dr. Hamburger. Natürlich hängt dieser Kinderreichtum und diese Kindersterblichkeit in den armen Bevölkerungsteilen eng zusammen mit der Wohnungsfrage, die für Berlin wie auch für andre Großstädte die Arbeiterfamilien in immer größere Kalamitäten bringt. Die Wohnungsnot der Arbeiterfamilien in den Großstädten ist aber nur ein Teil der großen sozialen Frage unserer Zeit.

Die Altersversicherung für Arbeiter soll nach einer Mitteilung des englischen Schatzkanzlers binnen Jahresfrist für Großbritannien eingeführt werden.

Die Genossenschaft Deutscher Tonseher, die den Veranstaltern unserer kollegialen Festlichkeiten und im besonderen unsern Gesangvereinsleitungen schon manchen Stohlfußzer entronnen hat, konnte im Jahre 1907 über 100000 Mk. Ausführungshonorare an die bezugsberechtigten Komponisten, Verleger und Textdichter verteilen. Die Belastung der eingegangenen Gebühren mit Verwaltungskosten beläuft sich nummehr auf 25 Prozent gegen 40 Prozent im ersten Jahr (1904). Seit ihrem Bestehen hat die Unstalt im ganzen über 252000 Mk. an die Bezugsberechtigten ausbezahlt. Die Genossenschaft vertritt die Aufführungsrechte von 295 Komponisten und 70 Verlagsfirmen sowie die Rechte aller Mitglieder der Wiener und Pariser Autorengeellschaft.

Gestorben.

In Bremen am 8. April der Buchdruckereibesitzer Karl Heinrich Meierdierks, 65 Jahre alt.
In Dresden am 18. April der Schriftgießereibesitzer Otto Butter jun. — Herzlichen.
In Frankfurt a. M. am 12. April der Faktor (Invalid) Otto Bauer aus Anna a. W., 47 Jahre alt — Blutvergiftung.
In Halle a. S. am 22. April der Seher Gustav Hädicke, 81 Jahre alt.
In Kiel am 17. April der Maschinenseher Emil Westerkhaus aus Sangerhausen, 42 Jahre alt.
In Koburg am 18. April der Buchdruckereibesitzer Alfred Krähschmar, 56 Jahre alt.
In Wülheim (Rhein), am 21. April der Seher Robert Schulz, 50 Jahre alt — Nierentleiden.
In Stendal am 16. April der Drucker Karl Büttcher von da, 28 Jahre alt — Schwindel.
In Stuttgart am 8. April der Maschinenmeister Jos. Waker von da, 19 Jahre alt — Gehirnentzündung.

Briefkasten.

A. G. in Berlin: Ihr Bericht ging am Dienstagabend ein, während die Donnerstagsnummer bereits Dienstagmittag stereotypiert wird. Auf Poststempel ist Ihr Brief am Dienstagmittag in Berlin aufgegeben worden. — M. R.: Damit können wir zuzeit den „Korr.“ nicht belegen. — W. J. in Berlin: Vielen Dank für Zuführung. Betreffendes Blatt halten wir nicht. Glauben Sie, daß es für unsere Zwecke dauernd brauchbar wäre? — E. G. in Dortmund: 7,55 Mt. — G. R. in Götting: Ihre Versammlungsnote kam zu spät. — Heinrich Schlider in Barmen: Sie müssen Ihren Wohnungswechsel für den Postanfall, von der Sie den „Korr.“ erhalten, melden. — Fr. A. in Mühlheim a. Rh.: 3,55 Mt. — W. M. in Eberswalde: Vergleichende Wohnungen sind nur zulässig, wenn es sich um Verbandsgelder handelt, was doch in diesem Falle nicht zutrifft.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bezirk Burg. Als Delegierte zum Gautage wurden gewählt die Kollegen: G. Müller, J. Flaß (beide aus Burg) und F. Kehr (Genthin); als Ersatzmann W. Kraas (Burg).

Bezirk Halle a. S. (Gautagsdelegiertenwahl.) Abgegebenen Stimmzettel 505; davon zerplittert 27, ungültig 1. Gewählt sind folgende Kollegen: Wittner (Halle) mit 413 Stimmen, Fink (Halle) 345, Frizsche (Schleuditz) 479, Günther (Delitzsch) 482, Böme (Merseburg) 471, P. Müller 397, Raß 380, Nüss 341 (alle drei aus Halle), Reichelt (Körsich) 474, Kofe (Eilenburg) 482, Schindelhauer (Halle) 478, Schirmer (Halle) 410, Tändler (Eisleben) 463.

Adressenveränderungen.

Bielefeld. Vorsitzender: Karl Biedemeyer, Bielefeldstraße 24. Kassierer: E. Sonnenstädt, Karlstr. 16, II. **Gießen.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Jof. Müller, Alterweg 56, III; Kassierer: Friedr. Brudlach, Klein-Binden, Frankfurter Straße 107.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Barmen der Seher Max Mühs, geb. in Barmen 1888, ausgel. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — Otto Müller, Münzstraße 29 A.

In Borna der Seher Rudolf Egoib, geb. in Borna 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Chemnitz die Seher 1. Rich. Emil Weiler, geb. in Babeln, 1890, ausgel. in Chemnitz, 1908; 2. Joh. Max Fröhlich, geb. in Chemnitz, 1889, ausgel. daf. 1908; 3. Artur Max Wejener, geb. in Chemnitz 1889, ausgel. daf. 1908; 4. Karl Walter Reimann, geb. in Silberdorf 1890, ausgel. in Chemnitz 1908; 5. Fritz Wenda, geb. in Chemnitz 1890, ausgel. daf. 1908; 6. Rich. Eugen Haase, geb. in Utendorf 1889, ausgel. in Chemnitz 1908; 7. Georg Kurt Fische, geb. in Chemnitz 1890, ausgel. daf. 1908; 8. Fritz Kühn, geb. in Chemnitz 1890, ausgel. daf. 1908; 9. Karl Rub. Barth, geb. in Siegmars 1889, ausgel. in Chemnitz 1908; 10. Bruno Riedel, geb. in Gröna 1889, ausgel. in Chemnitz 1908; 11. Rich. Kobiß, geb. in Chemnitz 1889, ausgel. daf. 1908; 12. Max Bang, geb. in Chemnitz-Mit 1890, ausgel. in Chemnitz 1908; 13. Paul Bangsch, geb. in Chemnitz 1890, ausgel. daf. 1908; die Drucker 14. Franz Theob. Stödel, geb. in Chemnitz 1889, ausgel. daf. 1908; 15. Max Georg Rüdiger, geb. in Chemnitz 1890, ausgel. daf. 1908; 16. Franz Hlfig, geb. in Chemnitz 1889, ausgel. daf. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Hofensteintal der Seher Artur Willi Heerling, geb. in Hofensteintal 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Sohndorf der Seher Paul Scheffler,

geb. in Sohndorf 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Meerane der Drucker Max Glübner, geb. in Meerane 1889, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Plauen die Seher 1. Fritz Arno Grimm, geb. in Plauen 1890, ausgel. daf. 1908; 2. Karl Bruno Krause, geb. in Plauen 1890, ausgel. daf. 1908; 3. Emil Oskar Meyer, geb. in Kornbach 1889, ausgel. in Plauen 1908; 4. Hans Richter, geb. in Plauen 1890, ausgel. daf. 1908; 5. Paul Riedel, geb. in Plauen 1890, ausgel. daf. 1908; 6. Karl Walter Wolf, geb. in Plauen 1890, ausgel. daf. 1908; die Drucker 7. Robert Eichhorn, geb. in Hofenbrunn 1889, ausgel. in Plauen 1908; 8. Fritz Wildfeuer, geb. in Leipzig 1889, ausgel. in Plauen 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Zwickau die Seher 1. Max Mann, geb. in Marienhal 1889, ausgel. in Zwickau 1908; 2. Paul Ernst Reef, geb. in Reinsdorf 1889, ausgel. in Zwickau 1908; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Schweizerberger Georg Wschoff, geb. in Osterode 1885, ausgel. daf. 1904; war schon Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41, II.

In Essen die Seher 1. Ludwig Feuermann, geb. in Hörde (Kreis Dortmund) 1879, ausgel. in Essen 1897; 2. Julius Klemm, geb. in Vorby (Edernförde) 1880, ausgel. in Kiel 1898; waren schon Mitglieder; 3. Joh. Sanders, geb. in Duisburg 1875, ausgel. in Mühlheim 1892; 4. Paul Göring, geb. in Heiligenhaus 1888, ausgel. in Essen 1907; 5. Max Pauli, geb. in Wülfrich 1889, ausgel. daf. 1906; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Kraus, Altfeldstraße 1.

In Giengen a. d. Br. der Seher Paul Wimmer, geb. in Giengen a. d. Br. 1889, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Göttingen die Seher 1. August Schulz, geb. in Göttingen 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied; 2. Oskar Wanner, geb. in Stuttgart 1880, ausgel. in Ulm 1898; war schon Mitglied. — In Heilbronn 1. der Seher Georg Wschöfer, geb. in Heilbronn 1890, ausgel. daf. 1908; 2. der Drucker Paul Viehauer, geb. in Bidingen b. Heilbronn 1889, ausgel. in Heilbronn 1908; waren noch nicht Mitglieder.

In Pforzheim 1. der Seher Karl Wlgaier, geb. in Stuttgart 1890, ausgel. in Pforzheim 1908; 2. der Drucker Rudolf Schmidt, geb. in Pforzheim 1890, ausgel. daf. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Stuttgart der Korrektor Emil Spaid, geb. in Bietigheim a. G. 1880, ausgel. daf. 1899; war noch nicht Mitglied. — In Tübingen der Seher Anton Wader, geb. in Tübingen 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Faldstraße 16, p.

In Nordhausen der Notationsmaschinenmeister Gust. Wegel, geb. in Eisleben, ausgel. daf. 1894; war noch nicht Mitglied. — August Schröter in Sangerhausen, Neumendorfer Trift 21.

In Sagan der Seher Rudolf Kruppa, geb. in Sagan 1889, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Wohlau, der Seher Alfred Hermann, geb. in Wohlau, 1890, ausgel. in Wohlau 1908; war noch nicht Mitglied. — G. Hiescher in Glogau, Polnische Straße 9, St. II.

In Pöhltingen a. d. Saar der Seher Oskar Vogel, geb. in Pöhltingen 1890, ausgel. in Leipzig 1908; war noch nicht Mitglied. — In Saarbrücken der Seher Otto Pauly, geb. in Saarbrücken 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — Mit Gutendorf in Saarbrücken, Meyer Straße 29.

In Wittenberg die Seher 1. Karl Wittrich, geb. in Wittenberg 1890, ausgel. daf. 1908; 2. Ewald Conrad, geb. in Wittenberg 1889, ausgel. daf. 1908; 3. Hermann Riga, geb. in Wickersleben, ausgel. in Wittenberg 1908; 4. Richard Schwising, geb. in Magdeburg 1889, ausgel. in Wittenberg 1908; 5. Paul Weser, geb. in Wittenberg 1890, ausgel. daf. 1908; 6. der Drucker Herrn. Gärtner, geb. in Ritzschena 1890, ausgel. in Wittenberg 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Jessen der Seher August Wilh. Schüke, geb. in Pretzin 1885, ausgel. daf. 1904; war schon Mitglied. — In Gräfenhainichen die Seher 1. Paul Voigt, geb. in Gräfenhainichen 1890, ausgel. daf. 1908; 2. Wilh. Sehnert, geb. in Gräfen-

hainichen 1890, ausgel. daf. 1908; 3. Bruno Henze, geb. in Gräfenhainichen 1890, ausgel. daf. 1908; 4. Gustav Rönke, geb. in Gräfenhainichen 1890, ausgel. daf. 1908; 5. der Drucker Wilhelm Bornmann, geb. in Gräfenhainichen 1890, ausgel. daf. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Bienenbera der Seher Paul Wittig, geb. in Wahrenbrück 1889, ausgel. in Bienenbera 1908; war noch nicht Mitglied. — In Herzberg a. Elster die Seher 1. Robert Feitler, geb. in Grachwitz 1890, ausgel. in Herzberg 1908; 2. Paul Valentin, geb. in Rowames-Neuendorf 1889, ausgel. in Herzberg 1908; 3. Otto Geßchmann, geb. in Herzberg 1889, ausgel. daf. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Wagner in Wittenberg (Bez. Halle), Eichstraße 1c.

Versammlungskalender.

Barmen. Versammlung heute Samstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Wupper Straße 11.
Blaubeck. Versammlung heute Sonnabend, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Wupperstraße.
Breslau. Versammlung Sonntag, den 26. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Stabliement „Gala“, Nikolaistraße.
Essen. Versammlung heute Sonnabend, den 25. April, im Vereinslokal „Heinrichstraße“.
Güstrow i. M. Versammlung heute Sonnabend, den 25. April, im Vereinslokal „Hotel Stadt Hamburg“, Markt.
Hagen i. M. Bezirksversammlung Sonntag, den 17. Mai, in Lüdenscheid. Anträge hierzu sind bis zum 6. Mai an den Vorsitzenden zu richten. Alles übrige durch Zirkular.
Heidelberg. Versammlung heute Samstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Fischhaus“.
Kerz. Versammlung heute Sonnabend, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Hugo.
Kuchensulze. Außerordentliche Versammlung Mittwoch, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von C. Verhardt, Weichter Straße 34.
München. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal.
Posen. Bezirksversammlung Sonntag, 10. Mai, in Posen. Anträge sind bis zum 3. Mai an den Vorsitzenden zu senden. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern per Zirkular zu.
Salungen-Stadtbergfeld-Bad. Versammlung Sonntag, den 26. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, beim Kollegen Spengler, Lurenburg, Salungen.
Waldburg i. Sch. Versammlung am Sonntag, den 25. April, findet nicht statt. Näheres später.
Zweibrücken (Wsch.) Ausschluß und Vertrauensmännerversammlung Montag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Zur Beachtung für nach Osterreich reisende Kollegen! In den der Grenze zunächstgelegenen Zahlstellen in Osterreich wird die Reiseunterstützung von nachbenannten Bernaltern ausbezahlt:

Bregenz: Alexander Bugtholzer, Oberstadt, Martinsgasse 1, I. Stad (Vereinslokal) (7-8 abends, Sonn- u. Feiert. 12-1 mitt.). Bubio: Adolf Seyler, Arbeiterheim, Pragerstraße, I. Stad (12-1 mittags, 6-7 abends). Eger: Georg Kämpf, Marktorgasse 18 (neu), I. Stad, gegenüber der Kaiserburg (7-8 Feiert. 12-1 mitt., Sonntag geschlossen). Freiwaldau: Fritz Joppitz, Rudolfstraße 71 (nur an Wochentagen 12-1 mitt., 7-8 abds.). Innsbruck: Jgnaz Kun, Innrain 4, II. Stad, Vereinslokal (nur an Wochentagen 6-7 abends). Nardubitz: Josef Desik, Smilova ulice 343 (1/2-1 mitt., 6-7 abends, Sonn- u. Feiert. 1/2-1 mitt.). Pilsen: Jaroslav Spolc, Arbeiterheim „Hölle“, Ufergasse, Restauration (Kolkovy dum „Peklo“, Pobrezni ulice) (nur an Wochentagen 6-7 abds.). Reichenberg: Anton Rautschel, Franz Kraus's Gasthaus, Laurenzberg 21 (nur an Wochentagen 6-7 abds.). Ried (Zinnkreis): Franz Weisgruber, nur an Wochentagen (nach vorheriger Anmeldung in der Preßvereinsdruckerei, I. Stad) im Birgel, Braugasthaus, Hofmarkt 27 (7-8 abds.). Salzburg: Richard Jacoby, Gasthaus „Zum Steiner“, Steingasse (nur an Wochentagen 6-7 abends). Scharbing: Alois Strelbe, Passauerstraße 134 (6-7 abends). Teplich: Joseph Totsche, Gasthaus „Zum Engelbert“, Marktplatz (6-1/2, Sonntag 11-12 mitt.). Tetschen: Eduard Smieciak, Gasthaus 23 (6-7 abds., Sonn- u. Feiert. 1/2-1/2 nachm.). Tetschen: Joseph Fiele, Helmhich's Gasthaus „Zum goldenen Kreuz“, Kreuzgasse, an Wochentagen 1/2-6 abends, an Feiertagen 10-11 vormittags). Troppau: Johann Adam, Restauration Horzalka, Dbering 8 (12-1/2 mitt., 1/2-6-1/2 abends, Sonn- u. Feiertags 12-1/2 mittags).

In eine ältere Messinglinienfabrik mit vielverzweigter Kundschaft wird ein tüchtiger technischer Geschäftsführer unter günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht. Derselbe muß mit allen in dieser Branche vorkommenden Arbeiten vertraut sein. Volle Disposition wird zugesichert. Motto Offerten unter A. Nr. 863 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Mehrere tüchtige **Linotypsetzer** welche längere Praxis besitzen und über vorzügliche Leistungen verfügen, bei hohem Lohne für Berliner Großbetrieb gesucht. Ausführliche Offerten mit Angabe der Durchschnittsleistung und der bisherigen Tätigkeit unter J. B. 2671 befördert Rud. Woffe, Berlin SW. [807]

Mehrere tüchtige **Schriftgießer** für die Kompletmaschine in dauernde Stellung sofort gesucht. Schriftgießerei Heinrich Hoffmeister, Leipzig (Zuh.: Karl Rupprecht). [884]

Zohnenden Nebenverdienst können sich Kollegen allerorts durch den Verkauf mehrer **Kaufstempel** auf leichte Weise verschaffen. [839] **Kreistafel gratis und franko.** Stempelfabrik A. Dümmeyer, Kiel, Reichenstraße 7.

Arbeitsuchende erhalten den **Graphischen Arbeitsmarkt** bereits 5 Stunden nach Aufgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags durch alle Postämter des Deutschen Reiches zum Bezugspreise von 9 Pf. pro Monat. Derzeitigen Beschäftigten Arbeitsnachweise von Buchdruckern wird das Abonnement zurückvergütet. **„Buchdrucker-Woche“** Berlin SW 68, Zimmerstraße 6. [467]

Achtung! Kollegen Achtung! **Liliputtschreibmaschine** wegen Anschaffung einer „Adele“ sofort zu verkaufen für den billigen Preis von 25 Mk. Für Verbandsfunktionäre, Schriftführer u. a. in hochwichtig! Schriftproben gebe ab. Schreiben innerhalb acht Tagen erwidern. [876] **J. W. Hajewski, Leipziger Str., Schirmerstr. 17**

Tüchtiger Korrektor (Gymnasialbildung erforderlich) sucht die **Emiländische Zeitung** u. **Verlagsdruckerei Braun** (Dürp.). [888]

Tüchtiger Monolinesetzer [885] mit mehrjähriger Praxis, mit dem Mechanismus der Maschine durchaus vertraut, für eine dauernde Position bei hoher Bezahlung gesucht. Werte Off. sind zu richten an Ferd. Jöhlein, Buchdr., Berlin N, Widenowstr. 21. **Tüchtiger, erfahrener Schweizerdegen** möglichst mit Stereotypie vertraut, sofort gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Verbandsansprüchen bald erwidern. [851] **Westf. Papierwarenfabrik, Münster i. W.**

